

---

**Vorsitz: Aserbaidshon****1004. PLENARSITZUNG DES FORUMS FÜR  
SICHERHEITSKOOPERATION**

1. Datum: Mittwoch, 16. März 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 12.55 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter R. Sadigbayli

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

(a) *Militärische Spezialoperation zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine:* Russische Föderation (Anhang 1)

Zur Geschäftsordnung: Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation

(b) *Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/131/22), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/128/22), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 2), Schweiz (FSC.DEL/127/22 OSCE+), Kanada (Anhang 3), Vereinigtes Königreich (Anhang 4), Georgien (Anhang 5), Türkei (Anhang 6) (FSC.DEL/140/22), Deutschland (Anhang 7), Österreich, Lettland (Anhang 8), Litauen (Anhang 9), Griechenland, Russische Föderation, Frankreich – Europäische Union, Belarus (FSC.DEL/129/22 OSCE+)

(c) *Jüngste militärische Provokationen Armeniens:* Aserbaidshon (Anhang 10), Armenien (Anhang 11)

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

*Bericht des Vorsitzenden der Schlussitzung des 32. Jährlichen Treffens zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) am 1. und 2. März 2022 in Wien und über Videokonferenz: Usbekistan (Anhang 12)*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 23. März 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

**1004. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1010, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

die militärische Spezialoperation der Streitkräfte der Russischen Föderation in der Ukraine wird fortgesetzt. Sie wird gemäß Kapitel VII Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, mit Zustimmung des russischen Föderationsrats und in Umsetzung der Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, die mit der Volksrepublik Donezk (DNR) und der Volksrepublik Luhansk (LNR) geschlossen und am 22. Februar von der Föderationsversammlung ratifiziert wurden, durchgeführt.

Die Operation ist notwendig. Sie ist die Folge von acht Jahren Aggression gegen den Donbass durch das Regime in Kyjiw, das mit Ermutigung durch die NATO-Mitgliedsländer eine russenfeindliche Politik durchgesetzt und den Nährboden für Neonazismus an unseren Grenzen geschaffen hat. All das geschieht vor dem Hintergrund einer katastrophalen Verschlechterung der europäischen und globalen Sicherheit infolge des Vorgehens der Vereinigten Staaten von Amerika und der Nordatlantischen Allianz.

Seit 2014 verschließen die Ukraine und die westlichen Länder, die sich selbst als die „zivilisierte Welt“ bezeichnen, die Augen vor dem Leid der Zivilbevölkerung im Donbass, die einer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und einer Verkehrsblockade ausgesetzt ist. Die OSZE-Teilnehmerstaaten haben das humanitäre Völkerrecht missachtet. Und das trotz der Tatsache, dass die enorme Zahl an Toten unter der Zivilbevölkerung, die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und Fälle von Übergriffen und Folter durch das ukrainische Militär in Berichten maßgeblicher internationaler Organisationen festgehalten wurden.

Die Auswirkungen der Kriegsverbrechen der ukrainischen Sicherheitskräfte sind im Donbass weiterhin gegenwärtig. Der regelmäßige Beschuss von Siedlungen unter dem wahllosen Einsatz tödlicher Waffen hat zu Tausenden Todesopfern und Verletzten unter der russischsprachigen Zivilbevölkerung geführt. Die Absicht, die Bevölkerung des Donbass auszulöschen oder Völkermord an ihr zu begehen, ist offensichtlich. Behelfsmäßige anonyme Massengräber, die außerhalb gekennzeichnetener Bereiche angelegt werden mussten, bezeugen dies. In der Zeit von August bis Oktober 2021 wurden fünf dieser Massengräber in der Nähe der Stadt Perwomajsk (Volksrepublik Luhansk) entdeckt, aus denen die Überreste von mindestens 295 Zivilisten, die 2014 bei Beschuss durch ukrainische Sicherheitskräfte ums

Leben gekommen waren, exhumiert. Es ist bereits bekannt, dass sich darunter die Leichname von Frauen verschiedenen Alters befanden. Wir sprechen hier von der grausamen Vorgehensweise gegen die Zivilbevölkerung und dem Einsatz von Mitteln und Methoden in einem bewaffneten Konflikt, die nach dem humanitären Völkerrecht verboten sind.

Wir haben noch keine direkte Einschätzung dieser Kriegsverbrechen durch die westliche „zivilisierte“ Gemeinschaft gehört. Ich denke, unsere Kolleginnen und Kollegen sind sich durchaus darüber im Klaren, dass sie damit dem nationalistischen Regime in Kyjiw freie Hand für die Fortsetzung der bewaffneten Gewalt gegen die Bevölkerung in Donezk und Luhansk geben. Es hat nicht lang gedauert, bis man die Folgen davon spüren konnte.

Am 14. März traf eine taktische Rakete vom Typ „Totschka-U“ ein Wohnviertel in der Stadt Donezk. Zwanzig Zivilpersonen wurden dabei getötet. Weitere 28 Menschen wurden schwer verletzt. Die Tatsache, dass der Gefechtskopf mit Streumunition gefüllt war, beweist, dass bei diesem Angriff der Nationalisten auf die Stadt die Absicht verfolgt wurde, so viele Zivilisten wie möglich zu töten. Der Beschuss erfolgte aus nordwestlicher Richtung, aus der Gegend von Krasnoarmijsk, die von ukrainischen Truppenteilen kontrolliert wird. Ich betone, dass der Einsatz von Streumunition gegen Wohngebiete einer Stadt, in denen es keine Feuerstellungen gibt, ein Kriegsverbrechen darstellt, und dass diese Art von Waffen nach völkerrechtlichen Übereinkommen verboten ist. Einmal mehr haben weder der OSZE-Vorsitz noch irgendein Teilnehmerstaat diesen Akt der Aggression verurteilt. Wir haben den Eindruck, dass unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen zwischen Menschen, die schützenswert sind, einerseits, und solchen, die es aus irgendeinem Grund nicht sind, andererseits unterscheiden. Das ist also unter „zivilisiertem“ Verhalten und „Bekanntnis“ zum humanitären Völkerrecht zu verstehen.

Der Zynismus der Drahtzieher dieses Aktes des Staatsterrorismus offenbarte sich auch dadurch, dass zwei Tage vor dem Angriff die ukrainische Seite damit begann, über soziale Medien die Mütter aus der Volksrepublik Donezk aufzufordern, in der Donezker Stadtverwaltung Informationen über den Verbleib ihrer Söhne einholen zu kommen. Genau an dem Ort und zu dem Zeitpunkt, die in diesen Aufrufen angegeben worden waren, wurde der abscheuliche Anschlag durchgeführt. Was haben diejenigen, die uns zur Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mahnen, dazu zu sagen?

Herr Vorsitzender,

die Ziele der militärischen Spezialoperation Russlands wurden öffentlich bekannt gegeben: Schutz der Bevölkerung der Volksrepubliken Donezk (DNR) und Luhansk (LNR), Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine und Beseitigung der militärischen Bedrohung, die für unser Land vom ukrainischen Staatsgebiet ausgeht, das von NATO-Ländern vereinnahmt und mit Waffen vollgepumpt wird.

Wie bereits von der russischen Führung festgestellt, verläuft die Spezialoperation genau nach Plan. Am 15. März haben die russischen Streitkräfte die vollständige Kontrolle über das gesamte Gebiet der Region Cherson übernommen. Sie haben in der Nähe von Horliwka die Donezker Front durchbrochen, was letztendlich dem acht Jahre andauernden Beschuss des Donbass ein Ende setzen wird. Die Kämpfe in Richtung Luhansk um die Städte Sjewjerodonezk und Rubischne dauern an. Es werden Vorstöße in Richtung Krywyj Rih und Kurachowe und auch in das Gebiet von Saporischschja und Orechow unternommen.

Die russischen Streitkräfte haben in 21 Tagen an die 4 000 militärische Infrastruktureinrichtungen zerstört, darunter den Truppenübungsplatz Jaworiw in der Region Lwiw, wo ukrainische Militärangehörige all diese Jahre von NATO-Ausbildnerinnen und -Ausbildnern in „Kriegskunst“ unterrichtet wurden. Insgesamt wurden 111 ukrainische Luftfahrzeuge, 68 Hubschrauber, 160 unbemannte Luftfahrzeuge, 159 Flugabwehrraketensysteme, 1 353 Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, 129 Mehrfachraketenwerfer, 439 Feldartilleriegeschütze und Mörser und 1 096 taktische Fahrzeuge für Spezialeinsätze außer Gefecht gesetzt.

Ohne jede Rücksicht auf völkerrechtliche Normen und ihre eigenen Regeln liefern die Länder der NATO und der Europäischen Union derzeit tödliche Waffen an die Ukraine und entsenden Söldner, damit diese russische Militärangehörige töten. Angesichts dieser Situation wird die Beschlagnahmung ausländischer Waffen sowie die Ausschaltung ausländischer Söldner, die in der Ukraine eintreffen, fortgesetzt werden. Die Verantwortung für den Tod dieser Kategorie von ausländischen Staatsangehörigen in der Ukraine liegt einzig und allein bei der Führung der Länder, die sie entsandt haben.

Am Abend des 14. März eroberten russische Luftlandkräfte einen Stützpunkt von Nationalisten und ausländischen Söldnern in der Nähe des Dorfes Huta-Meschyhirska. Unsere Streitkräfte beschlagnahmten zehn in den USA hergestellte Panzerabwehrraketensysteme vom Typ „Javelin“ und eine Reihe anderer Waffen, die von westlichen Ländern in die Ukraine geliefert worden waren. Wie andere während der Spezialoperation beschlagnahmte ausländische Waffen wurden auch diese Systeme an die Verbände der Volksmiliz aus der DNR und der LNR übergeben.

Im Zuge der Entwaffnung der ukrainischen Nationalisten haben russische Militärangehörige auch eine große Anzahl von tragbaren Luftabwehrsysteme (MANPADS) verschiedener Bauart beschlagnahmt. In der Region Cherson wurden erneut MANPADS des Typs Iгла beschlagnahmt. Die Seriennummern dieser Systeme werden derzeit geprüft, um zu eruieren, aus welchem osteuropäischen Land sie geliefert wurden. Es ist allgemein bekannt, dass die OSZE-Teilnehmerstaaten weiterhin in großem Umfang MANPADS in das Kampfgebiet liefern. Das ist eine grobe Verletzung der politisch-militärischen OSZE-Verpflichtungen die diese Staaten selbst eingegangen sind, nämlich der Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen (1993), Abschnitt III Buchstabe A des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen (2000) und die OSZE-Prinzipien für die Ausfuhrkontrolle von MANPADS (2008).

Wir haben bereits wiederholt vor den enormen Risiken gewarnt, die eine Ausstattung radikaler Kräfte in der Ukraine mit MANPADS mit sich bringt. Heute zirkulieren diese Systeme tatsächlich frei auf ukrainischem Hoheitsgebiet. Wenn sich die Nationalisten fluchtartig aus ihren Stellungen zurückziehen, lassen sie diese meistens zusammen mit anderen Waffen und Munition in Kisten zurück. Außerdem setzt das Kyjiwer Regime seine unkontrollierte Verteilung von MANPADS aus europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten an die so genannten „Territorialverteidigungskräfte“ fort, was eine langfristige Bedrohung durch terroristische Angriffe auf zivile Luftfahrzeuge in der Ukraine und in ganz Europa schafft. Diese werden die Lieferländer zu verantworten haben. Das russische Militärpersonal wird weiterhin nach von den Nationalisten hinterlassenen MANPADS suchen und

diese beschlagnahmen, um zu verhindern, dass diese tödlichen Waffen in die Hände von Terroristen gelangen oder aus der Ukraine ausgeführt werden.

Herr Vorsitzender,

wir haben kürzlich provokante Äußerungen aus dem Westen gehört, insbesondere von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, Russland plane den Einsatz chemischer Waffen in der Ukraine. Wir müssen sie dieser Illusion leider gleich wieder berauben. Unser Land hat sämtliche Lagerbestände chemischer Waffen zerstört, während die Vereinigten Staaten als einziger Vertragsstaat des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, der Produktion, der Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über deren Vernichtung vom 13. Januar 1993 (CWÜ) noch immer im Besitz solcher Waffen ist und verschiedene Erfindungen im Zusammenhang mit dem Einsatz vollwertiger chemischer Kampfstoffe, darunter Nervenkampfstoffe, patentiert.

Erst letztes Jahr haben wir erfahren, dass radikale Gruppen in der Ukraine unter der Aufsicht von Vertretern des US-Geheimdienstes im Begriff waren, die Durchführung gefährlicher Provokationen unter Einsatz toxischer Chemikalien vorzubereiten. Der Verteidigungsminister der Russischen Föderation, Sergej Schoigu, ging insbesondere während des öffentlichen Teils der erweiterten Sitzung des Leitungsstabs des russischen Verteidigungsministeriums am 21. Dezember 2021 darauf ein. Ziel der erwähnten Aktionen war es, Russland des Gebrauchs chemischer Waffen gegen die Zivilbevölkerung und der Verletzung seiner Verpflichtungen nach dem CWÜ zu bezichtigen.

Vor diesem Hintergrund zeichnen sich einige interessante Fakten ab. Letzte Woche wurde berichtet, dass am 9. März ukrainische Nationalisten rund 80 Tonnen Ammoniak in die Stadt Solotschiw bei Charkiw gebracht hatten. Einheimische, denen die Flucht aus Solotschiw gelungen war, behaupten, die Nationalisten hätten die Menschen darüber unterrichtet, wie man sich im Fall eines chemischen Angriffs zu verhalten habe. Eine weitere gefährliche Provokation ist offensichtlich derzeit in Vorbereitung.

In diesem Zusammenhang haben wir ein nationales Dokument in der Organisation für das Verbot chemischer Waffen und in den Vereinten Nationen verteilt, in dem verschiedene, von ukrainischen Radikalen mit Unterstützung ihrer transatlantischen Hintermänner geplante Sabotage-Szenarios beschrieben werden. Zunächst die Verminung von Ammoniak-Tanks am Standort des Asot-Chemiewerks Sjewjerodonezk (in der Stadt Sjewjerodonezk) und in der Hafenanlage von Odessa (in der Stadt Odessa). Ferner die Explosion von Tanks mit toxischen Chemikalien in dicht besiedelten Gebieten. So wurde etwa aus verlässlichen Quellen bekannt, dass am 8. und 9. Dezember 2021 radikale Kräfte der Ukraine 200-Liter-Metallfässer mit ausländischen Kennzeichnungen in das Gebiet der Region Donezk schafften. Die Lieferung und Lagerung dieser gefährlichen Fracht wurde von Angestellten des US-amerikanischen privaten Militärunternehmens *Forward Observation Group* (mit Sitz in Nevada) koordiniert. Es ist bekannt, dass vier ukrainische Militärangehörige während des Entladens der Fracht schwere chemische Verbrennungen und Vergiftungen erlitten.

Wir fordern das nationalistische Regime der Ukraine und seine Hintermänner auf, zur Vernunft zu kommen und eine Katastrophe zu verhindern.

Unsere seit Langem gehegten Befürchtungen, die Vereinigten Staaten könnten unter der Anleitung des US-Geheimdienstes auf ukrainischem Boden entsprechende, für militärische Zwecke taugliche biologische Materialien entwickeln, wurden vor Kurzem bestätigt. Aufschlussreich ist auch die große Nervosität der Vertreter der amerikanischen Regierung in Verbindung mit der Entdeckung ihrer Entwicklungen waffenfähiger biologischer Materialien auf ukrainischem Hoheitsgebiet. Insbesondere hat die amerikanische Staatssekretärin Victoria Nuland offen erklärt, die amerikanische Seite unternehme alles, um sicherzustellen, dass die Ergebnisse dieser Laborarbeiten nicht in die Hände der Streitkräfte der Russischen Föderation gelangten. Die Anleitungen für die Laborbediensteten, die wir gesehen haben, zeigen, dass mit der Anweisung zur Entsorgung der Bestände sichergestellt werden sollte, dass sie ohne jegliche Spuren vernichtet würden. Was haben die Vereinigten Staaten in diesen Biowaffenlabors in der Ukraine zu verbergen?

Laut Dokumenten, die sich im Besitz des russischen Verteidigungsministeriums befinden, wurde in der Ukraine ein Netzwerk von mindestens 30 Biolabors aufgebaut, in denen unter Einsatz von Methoden der synthetischen Biologie hochgefährliche Experimente zur Steigerung der pathogenen Eigenschaften von Pest-, Milzbrand-, Tularämie-, Cholera- und anderen Erregern tödlicher Krankheiten durchgeführt werden. Die Ergebnisse wurden an biologische Forschungszentren des amerikanischen Militärs geschickt, darunter das *United States Army Medical Research Institute of Infectious Diseases*, das *Walter Reed Army Institute of Research*, das *Naval Medical Research Center* und die Militärlabors in Fort Detrick, vormals wichtige Standorte des US-amerikanischen Programms für biologische Waffen.

In der letzten Sitzung behauptete die Delegation der Vereinigten Staaten, Ziel dieser Labors sei die Verbesserung der Gesundheit der ukrainischen Bevölkerung. In der Realität hat jedoch das so genannte „Reformprogramm“ des ukrainischen Gesundheitswesens, das von den Vereinigten Staaten durchgeführt wird, zu einem Anstieg der Inzidenz besonders gefährlicher Infektionskrankheiten wie Masern, Diphtherie und Tuberkulose unter der ukrainischen Bevölkerung geführt. Die Inzidenz von Masern ist um mehr als das 100-fache gestiegen. Unsere Kolleginnen und Kollegen bei den Vereinten Nationen haben ferner Beweise dafür angeführt, dass in Charkiw, wo sich eines dieser Labors befindet, im Januar 2016 20 ukrainische Soldaten und Soldatinnen an der Schweinegrippe verstarben und weitere 200 ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Im März desselben Jahres waren bereits an die 370 Menschen in der Ukraine an der Schweinegrippe verstorben. 2019 wurde über den Ausbruch einer Krankheit mit pestähnlichen Symptomen berichtet. Es ist sehr wahrscheinlich, dass eines der Ziele der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in der Ukraine die Erzeugung biologischer Kampfstoffe war, die selektiv auf verschiedene ethnische Gruppen angesetzt werden können.

Diese Informationen bestätigen unsere wiederholten Forderungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen (BTWC) im Hinblick auf die Biowaffenaktivitäten der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten im postsowjetischen Raum. Wir schließen die Möglichkeit nicht aus, die Mechanismen nach Artikel V und VI des BTWC in Gang zu setzen, um diesen Aktivitäten Einhalt zu gebieten. Wir sind davon überzeugt, dass es entscheidender Maßnahmen bedarf, die das Regime stärken, um Aktivitäten im Zusammenhang mit Biowaffen, die gegen das Übereinkommen verstoßen, zu verhindern. Ferner fordern

wir die Einrichtung einer offenen Gruppe im Rahmen des BTWC zur Wiederaufnahme der Arbeit über ein rechtsverbindliches Protokoll zum Übereinkommen mit einem wirksamen Überprüfungsmechanismus, was seit 2001 von den Vereinigten Staaten blockiert wird. Das liegt im Interesse der meisten Vertragsstaaten des Übereinkommens.

Herr Vorsitzender,

im Gegensatz zu den antirussischen Mantras unserer westlichen Partner über die Bedrohung der Ukraine geht die wahre Gefahr für das Land und seine Bevölkerung heute von bewaffneten neonazistischen Verbänden aus, die zahllose Kriegsverbrechen begehen und terroristische Methoden anwenden. Sie verlegen weiterhin Minen in Wohngebieten, demolieren Brücken und Straßen und zerstören öffentliche Einrichtungen. Die Zivilbevölkerung ist gezwungen, unter unmenschlichen Bedingungen ohne Heizung, Elektrizität, Wasser, Nahrungsmittel und Medikamente zurechtzukommen.

Eine weitere Provokation wurde am 11. März in Charkiw dokumentiert, wo Kämpfer der Territorialverteidigungsbataillone ein Gebäude des Instituts für Physik und Technologie in die Luft sprengten, um Arbeiten im Bereich der Kernforschung zu verschleiern. Mindestens 50 Angestellte des Instituts wurden vermutlich dabei verletzt. Außerdem wurde berichtet, dass die Leichname von Zivilpersonen, die im Zuge einer Strafaktion gegen Gegner des kriminellen Kyjiwer Regimes getötet wurden, im Keller einer Kunstschule in der Jesenina Straße in Charkiw versteckt waren. In Sumy verüben Nationalisten Überfälle auf Privathaushalte, bei denen sie sich unter Androhung von physischer Gewalt und Mord gewaltsam Nahrungsmittel, Ausrüstungen und Privatfahrzeuge aneignen.

Die Taktik der Kämpfer des nationalistischen Asow-Bataillons zeigt, dass die ukrainischen Schützlinge brav aus den Erfahrungen ihrer westlichen Lehrer gelernt haben. Am 6. März eröffneten sie das Feuer auf Zivilistinnen und Zivilisten, die im Begriff waren, über einen humanitären Korridor die Stadt Mariupol zu verlassen. Am Tag darauf zwangen die Asow-Kämpfer 150 Zivilpersonen dazu, während der Zusammenstöße mit den Kräften aus der DNR in der Siegesallee der Stadt als „menschliche Schutzschilde“ zu fungieren. Darüber hinaus haben wir festgestellt, dass die Nationalisten Busse, darunter auch Schulbusse, und andere Fahrzeuge, die zur Evakuierung der Flüchtenden bestimmt waren, als mobile Schießstände verwendeten. Da drängt sich die Frage auf: sieht auch das im Westen niemand?

Wir bedauern, dass das Kyjiwer Regime, anstatt zur Normalisierung der humanitären Lage beizutragen, in den Weltmedien provokante Informationen über einen angeblichen russischen „Angriff“ aus der Luft auf das Krankenhaus Nr. 3 in Mariupol verbreitet. Zuerst sei darauf hingewiesen, dass das russische Verteidigungsministerium am 9. März eine Waffenruhe für die sichere Evakuierung der Zivilbevölkerung der Stadt erklärt hatte. Die russischen Luftfahrzeuge führten keinerlei Missionen aus, die auf Ziele am Boden im Gebiet von Mariupol gerichtet waren. Der angebliche „Luftangriff“ ist nichts anderes als eine inszenierte Provokation, um die antirussische Hysterie des westlichen Publikums am Köcheln zu halten. Wie lässt sich sonst erklären, dass die Bilder des so genannten Schauplatzes mit derartiger Blitzgeschwindigkeit über die Weltmedien propagiert wurden? Aus irgendeinem Grund hatte der blutige Angriff der ukrainischen Sicherheitskräfte auf Donezk keinen so großen Aufruhr verursacht.

Die russische Seite hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die medizinischen Einrichtungen in Mariupol, darunter das Krankenhaus Nr. 3, bereits Ende Februar den Betrieb eingestellt hatten. Das gesamte Personal und alle Patientinnen und Patienten wurden von den Nationalisten vertrieben. Das Krankenhaus wurde in einen Stützpunkt des nationalistischen Asow-Bataillons umgewandelt. Fotografien vom Spitalgelände weisen auf zwei verschiedene arrangierte Explosionen in der Nähe hin. Experten wissen, dass hochexplosive luftgestützte Waffen, auch solche mit begrenzter Leistung, die Außenwände des Gebäudes völlig zerstört hätten. Wir verurteilen alle Versuche der ukrainischen Nationalisten, die internationale Gemeinschaft in die Irre zu führen, um sich damit von den eigenen Verbrechen reinzuwaschen. Sie werden damit keinen Erfolg haben.

Herr Vorsitzender,

rund 7 000 Menschen aus 16 Ländern werden weiterhin von den ukrainischen Neonazis als „menschliche Schutzschilder“ in Geiselhaft gehalten, so auch die Mannschaften von über 50 ausländischen Schiffen, die aufgrund der extremen Gefahr durch die von der Ukraine im Asowschen und im Schwarzen Meer verlegten Minen in den Häfen festsitzen. Darunter befinden sich Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus Aserbaidschan, Ägypten, Georgien, Griechenland, Indien, Jamaika, dem Libanon, den Philippinen, Syrien, der Türkei und anderen Ländern.

Die humanitäre Lage in Mariupol ist äußerst schwierig. Hunderttausende Menschen, darunter auch Ausländerinnen und Ausländer, werden gewaltsam von den Nationalisten festgehalten, die jedem, der die Stadt zu verlassen versucht, physische Repressalien androhen. Unseren Informationen zufolge wurde der griechische Konsul Manolis Androulakis mehrere Wochen lang im Keller des Hauses Nr. 25 am Primorsky Boulevard, in dem die OSZE-Mission untergebracht ist, gefangen gehalten. Vor ein paar Tagen wurde berichtet, dass ihm Essen und Wasser ausgegangen waren. Es gelang ihm, Vertreter des griechischen Außenministeriums zu kontaktieren, aber die Asow-Kämpfer schränkten seine Möglichkeiten, vom Telefon Gebrauch zu machen, ein. Es wurde ihm nicht erlaubt, den von Russland eingerichteten humanitären Korridor zu passieren. Trotz der Aufforderung des griechischen Außenministers, ihn freizulassen und Journalistinnen und Journalisten den Zugang zu erlauben, wurden keine Entscheidungen getroffen.

Gestern wurden Fortschritte in Richtung Mariupol gemacht. Im Zuge einer wirksamen Aktion der Kräfte der DNR mit Unterstützung durch Truppen der russischen Streitkräfte ist die gezielte Zerstörung fast aller Feuerstellungen in den Vororten Mariupols gelungen. Die wichtigsten neonazistischen Kräfte in Wohngebieten in den Außenbezirken der Stadt wurden eliminiert. Der Durchbruch nach Mariupol ermöglichte die Eröffnung humanitärer Korridore und den Beginn einer beispiellosen Evakuierung der Bevölkerung.

Herr Vorsitzender,

die Russische Föderation bekennt sich weiterhin voll und ganz zu ihren humanitären Verpflichtungen. Gestern haben wir zum zwölften Mal humanitäre Korridore eingerichtet, und zwar in den Gebieten von Kyjiw, Tschernihiw, Sumy und Charkiw, und damit der Zivilbevölkerung die Möglichkeit verschafft, sowohl in den Westen des Landes als auch in russisches Hoheitsgebiet zu reisen. Die Waffenruhen, die wir ausgerufen haben, werden streng eingehalten. Mit Bedauern stellen wir jedoch fest, dass diese Kampfpausen von den

ukrainischen Truppen und Neonazibataillonen dazu genützt werden, sich neu zu formieren und ihre Stellungen zu verstärken. Darüber hinaus haben wir regelmäßig Schwierigkeiten, eine Einigung über die Routen der humanitären Korridore zu erzielen. Gestern zum Beispiel genehmigten die Kyjiwer Behörden nur drei der zehn von uns vorgeschlagenen Routen, darunter keine nach Russland.

Die ukrainische Regierung behauptet weiterhin zynisch, es gebe keine Zivilpersonen oder ausländischen Staatsangehörigen, die in die Russischen Föderation reisen möchten. Die tägliche steigende Zahl der Ersuchen ukrainischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger um Evakuierung, die über die verschiedenen Kommunikationskanäle hereinkommen, zeigen, dass dem nicht so ist. Heute waren es bereits über 2,6 Millionen Menschen aus fast 2 000 Orten in der Ukraine.

Mit Bestürzung müssen wir berichten, dass seit unserer ersten Veröffentlichung dieser Statistiken der ukrainische Sicherheitsdienst mit der Durchführung von massenweisen Festnahmen und Verhaftungen, Durchsuchungen und Verhören rund um die Uhr beauftragt wurde. Seit dem 9. März erlauben die ukrainischen Behörden den Nationalisten den Einsatz von Waffen gegen Personen, die versuchen in die Russische Föderation zu gelangen, und drohen ihnen damit, ihre auf ukrainischem Hoheitsgebiet verbleibenden Angehörigen umzubringen. Die öffentlichen Drohungen des Bürgermeisters von Sumy, Oleksandr Lysenko, und des Leiters der Regionalverwaltung von Sumy, Dmytro Schyvyzki, Zivilpersonen zu erschießen, die über humanitäre Korridore nach Russland zu gelangen versuchen, sind unmenschlich. Wir für unseren Teil richten erneut die Frage an die Teilnehmer dieser Sitzung: Wo ist die Reaktion des Westens? Oder sieht die selbsternannte „zivilisierte Gemeinschaft“ das auch nicht?

Bedauerlicherweise sind alle unsere Ersuchen an internationale Organisationen bisher unbeachtet geblieben; darunter vor allem an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, mit wirksamen Maßnahmen die Bürgermeister der ukrainischen Städte und Ortschaften und die ukrainische Regierung dazu zu bringen, alle Maßnahmen zur Vorbereitung der Evakuierung der Zivilbevölkerung zu ergreifen sowie ihnen die Sammelplätze, die Eröffnung humanitärer Korridore und die Bildung humanitärer Kolonnen mitzuteilen.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich abschließend daran erinnern, dass die Aufgabe der militärischen Spezialoperation weder darin besteht, die Ukraine zu besetzen, noch darin, ihre Eigenstaatlichkeit zu zerstören. Die Spezialoperation ist, und ich betone das, nicht gegen die Zivilbevölkerung gerichtet. Unsere Botschaft ist unmissverständlich: Wir wollen nicht, dass in einem Nachbarland ein neonazistischer Staat entsteht, in dem es Tradition ist, dass Bataillone mit SS-Insignien vor dem Präsidenten der Ukraine aufmarschieren. Vor diesem Hintergrund werden die Ziele der Entmilitarisierung, Denazifizierung und Rückkehr der Ukraine zu ihrer ursprünglichen Souveränität gemäß der Unabhängigkeitserklärung, in der ihr neutraler Status und ihre Zusammenarbeit mit Russland erklärt wurden, realisiert werden.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche um die Aufnahme dieser Erklärung sowie der zusätzlichen Unterlagen, die nach der Plenarsitzung verteilt werden, in das Journal des Tages.

FSC.JOUR/1010

16 March 2022

Annex 1

Attachment

GERMAN

Original: RUSSIAN

## **ÜBER DIE AKTIVITÄTEN DER VEREINIGTEN STAATEN IM BEREICH BIOLOGISCHER WAFFEN AUF DEM HOHEITSGEBIET DER UKRAINE**

Mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika wurde seit 2014 auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine ein Netzwerk mit über 30 biologischen Labors aufgebaut, um wissenschaftliche Forschung über tödliche Krankheiten, besonders gefährliche Krankheitserreger und Viren zu betreiben. In Auftrag gegeben wurden diese Arbeiten von der Agentur für die Reduzierung von Verteidigungsbedrohungen des amerikanischen Verteidigungsministeriums.

Die Arbeiten erfolgten in drei wesentlichen Stoßrichtungen:

Überwachung der biologischen Umgebung in – nach dem Wortlaut des Pentagon – potenziellen Einsatzgebieten von Militärkontingenten der NATO-Mitgliedstaaten.

Sammlung von Stämmen gefährlicher Mikroorganismen und deren regelmäßige Übersendung in die Vereinigten Staaten.

Erforschung potenzieller regionenspezifischer biologischer Kampfstoffe, die natürliche Herde haben und auf Menschen übertragen werden könnten.

Im Laufe der Spezialoperation der Streitkräfte der Russischen Föderation übergaben zivilgesellschaftlich und patriotisch gesinnte Angestellte dieser Labors der russischen Seite beweiskräftige Unterlagen, die auf Eilmaßnahmen der Vereinigten Staaten zur Entfernung der Spuren des Biowaffenprogramms, das in der Ukraine mit finanzieller Unterstützung des US-Verteidigungsministeriums durchgeführt wird, hinweisen. So wurde bekannt, dass am 24. Februar dieses Jahres das ukrainische Gesundheitsministerium die vollständige Vernichtung der in diesen Labors aufbewahrten biologischen Agenzien angeordnet hatte. Diese Tatsache bestätigt, dass die Regierungen der USA und der Ukraine ernste Befürchtungen hegten, russische Experten könnten an unwiderlegbare Beweise für die durchgeführte praktische Arbeit zur Steigerung der pathogenen Eigenschaften von Mikroorganismen unter Einsatz von Methoden der synthetischen Biologie gelangen. Dies würde wiederum auf eine systematische Verletzung des internationalen Übereinkommens über das Verbot biologischer Waffen und von Toxinwaffen durch die Ukraine und die Vereinigten Staaten hinweisen, wovon die Regierung Russlands immer wieder gewarnt hat.

Von größtem Interesse in diesem Zusammenhang ist das Projekt mit der Kodebezeichnung UP-4. Ziel dieser Forschungsarbeit war die Bestimmung von Vogelkrankheiten, die das größte Risiko für Menschen darstellen und das größte Potenzial haben, die

epidemiologische Lage in einer bestimmten Region innerhalb einer extrem kurzen Zeitspanne zu destabilisieren. Eine weitere Aufgabe bestand darin, Vogelflugrouten zu studieren, um diejenigen zu bestimmen, die durch Russland führen und europäische Länder am wenigsten betreffen. Das gezielte Einfangen von Vögeln auf russischem Hoheitsgebiet, ihr anschließender Transport in die Ukraine und die Nachverfolgung ihres Rückflugs untermauern diese Annahme. Darüber hinaus haben Wissenschaftler Orte mit der größten Vogelkonzentration ermittelt, an denen es möglich wäre, einen ganzen Schwarm mit einem besonders gefährlichen Krankheitserreger zu infizieren.

Diese Untersuchungen können ein Hinweis darauf sein, dass US-amerikanische und ukrainische Militärbiologen beabsichtigten, Vögel als Trägersysteme von Massenvernichtungswaffen einzusetzen. Ein derartiger Ansatz zählt zu den skrupellosesten, unmenschlichsten und unverantwortlichsten Methoden der Kriegsführung. Tatsache ist, dass nach dem Losschicken einer solchen „lebenden Waffe“ deren Schöpfer unweigerlich die Kontrolle über sie verlieren würden und sich die Epidemie innerhalb weniger Tage im ganzen postsowjetischen Raum ausbreiten und auch Westeuropa erfassen könnte. Besonders besorgniserregend ist, dass ähnliche Experimente wie das UP-4-Projekt in dicht besiedelten Gegenden europäischer Länder durchgeführt werden, die sich als Verbündete der Vereinigten Staaten betrachten, deren Sicherheit jedoch offensichtlich von ihren amerikanischen „Partnern“ nicht besonders ernst genommen wird.

Aus anderen Unterlagen, die dem Verteidigungsministerium der Russischen Föderation vorliegen, geht hervor, dass ukrainische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler regelmäßig Biomaterialproben an interessierte Einzelpersonen und Organisationen im Ausland geschickt haben. Unter den versandten Proben waren nicht nur Krankheitsvektoren (Flöhe etc.), sondern auch Blutserum von Mitgliedern der slawischen Ethnie. Das spricht dafür, dass Experten aus den amerikanischen Biolabors in der Ukraine Forschungsarbeiten über die Auswirkungen von Krankheitserregern auf Menschen unter Berücksichtigung von rassischen und ethnischen Faktoren durchgeführt haben. Und es lässt den Schluss zu, dass das Pentagon an der Entwicklung selektiver biologischer Waffen, die auf bestimmte ethnische Gruppen abzielen („ethnische Waffen“), interessiert ist.

Ferner bestätigen die Unterlagen, dass Deutschland sein eigenes Biowaffenprogramm in der Ukraine durchführt. Ziel dieses Forschungsprogramms ist es, das Potenzial tödlicher Krankheiten wie des Hämorrhagischen Krim-Kongo-Fiebers in einem osteuropäischen Kontext zu untersuchen.

So übernahm zum Beispiel die ukrainische Seite in einem gemeinsamen Projekt, das vom deutschen Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin und dem Zentrum für öffentliche Gesundheit des ukrainischen Gesundheitsministeriums organisiert wurde, als Teil dieser Arbeit die Bereitstellung von Blutproben von Personen, die slawischen Volksgruppen aus verschiedenen Regionen des Landes angehören. Darüber hinaus besuchten deutsche Spezialistinnen und Spezialisten regelmäßig ukrainische Krankenhäuser in Kyjiw, Charkiw, Odessa und Lwiw, um dort aus erster Hand Krankheitsbilder der lokalen Bevölkerung zu studieren. Das Projekt wurde vom deutschen Auswärtigen Amt und der Bundeswehr finanziert.

Die Aktivitäten Deutschlands, die bisher der breiten Öffentlichkeit nicht bekannt waren, stellen die gleiche Bedrohung dar wie die biologischen Experimente der USA und erfordern eine eingehende Überprüfung.

Die Offenlegung der Unterlagen über die Aktivitäten der US-amerikanischen Biolabors in der Ukraine schlug im globalen Informationsraum wie eine Bombe ein. Bei Anhörungen im Kongress konnte die amerikanische Staatssekretärin Victoria Nuland nicht umhin, die Existenz dieser Labors zuzugeben, wies jedoch die Vorwürfe, dort würden verbotene Massenvernichtungswaffen entwickelt, zurück. Vor diesem Hintergrund brachte der Vertreter des chinesischen Außenministeriums Wangi Yi ernste Besorgnis über den menschenunwürdigen Charakter des amerikanischen Biowaffenprogramms zum Ausdruck und forderte von der US-amerikanischen Regierung die Bereitstellung von Informationen über Zweck, Ziele und Inhalt des Programms und schlug ferner eine Initiative vor, internationale Inspektionen der amerikanischen Biowaffenlabors zu organisieren. Konservative US-Medien fordern die unverzügliche Schließung aller amerikanischen Biolabors im Ausland. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die russische Delegation die Frage aufgeworfen, ob eine internationale Untersuchung über das Biowaffenprogramm der USA angebracht wäre.

Die veröffentlichten Unterlagen zeigen klar und deutlich, dass die Vereinigten Staaten im Begriff sind, in ukrainischen Labors eine neue Art biologischer Waffen zu entwickeln.

Die Biowaffenaktivitäten der Vereinigten Staaten in der Ukraine verstoßen gegen das Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen und stellen eine unmittelbare Bedrohung für die biologische Sicherheit nicht nur Russlands, sondern auch der Länder Mittel- und Osteuropas dar.

---

**1004. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1010, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Zunächst möchte ich festhalten, dass ich mich zum Tagesordnungspunkt, der von der Ukraine eingebracht wurde, äußern möchte. Und dass ich den provokanten, falschen und völlig unangemessenen Punkt, den die russische Delegation davor eingebracht hat, zurückweise.

Gestatten Sie mir eingangs ein paar Worte zum tragischen Tod zweier US-amerikanischer Journalisten, die in der Ukraine ums Leben gekommen sind: Brent Renaud zu Beginn dieser Woche, und der Kameramann von Fox News, Pierre Zakrzewski, der gestern gemeinsam mit seiner ukrainischen Kollegin bei der Ausübung seines Berufes getötet wurde. Benjamin Hall, ebenfalls von Fox News, wurde schwer verletzt. Sie alle waren dabei, ihre wichtige Aufgabe als Journalistin bzw. als Journalist zu erfüllen und objektiv über Russlands Krieg gegen die Ukraine zu berichten.

Wir bedauern, dass die russische Delegation nach wie vor dieses Gremium als Plattform zur Verbreitung von Desinformation und zur Rechtfertigung ihres Angriffskriegs missbraucht. Die unverfrorenen Lügen des Kremls strapazieren die Gutgläubigkeit. Durch falsche Behauptungen von Außenminister Lawrow, wie etwa „wir haben die Ukraine doch gar nicht angegriffen“, wird die Glaubwürdigkeit aller darauffolgenden Erklärungen des Kremls in Frage gestellt. Putins Krieg ist keine „militärische Spezialoperation“. Er ist ein brutaler Angriff auf das ukrainische Volk. Deswegen hat die Welt Russland als den Aggressorstaat für die Verletzung des Völkerrechts verurteilt. Belarus hat zugelassen, dass sein Hoheitsgebiet im großen Stil als Aufmarschgebiet genutzt wird und so die russische Invasion ermöglicht.

Tatsache ist, dass sich Putin schwer verrechnet hat. Moskau hat die Fähigkeiten und den Willen der ukrainischen Streitkräfte und des ukrainischen Volkes im Kampf zur Verteidigung der Heimat nicht vorhergesehen. Russland hat seine militärischen Ziele vor Ort mit 100 Prozent seiner versammelten Streitkräfte nicht erreicht und auch der Luftraum bleibt umkämpft. Daher ist Putin nun zur Strategie übergegangen, Ballungszentren in Schutt und Asche zu legen.

Die russischen Streitkräfte haben über 900 Raketen auf Ziele in der Ukraine abgeschossen, darunter waren massive Sperrfeuer mit Langstreckenfeuer auf Ballungszentren. Sie unternehmen alle Anstrengungen, um ukrainische Städte einzuschließen und zu unterwerfen. Die Zahl der zivilen Todesopfer steigt täglich. Die russischen Streitkräfte haben auch Wasserversorgungs- und sanitäre Anlagen angegriffen und Kernkraftwerke gefährdet. Bei den russischen Angriffen wurden Schulen, Waisenhäuser, Fernsehtürme und Krankenhäuser getroffen; die Weltgesundheitsorganisation berichtete von Angriffen auf 31 Gesundheitseinrichtungen bis zum 14. März. Gestern haben wir Berichte gesehen, denen zufolge 400 Patientinnen und Patienten sowie medizinisches Personal von den russischen Streitkräften in einem Krankenhaus für Intensivmedizin in Mariupol festgehalten werden. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat vor einem „Worst-Case-Szenario“ in Mariupol gewarnt, mit Hunderttausenden Menschen ohne Zugang zu Nahrung, Wasser oder medizinischer Versorgung und in unbeheizten Kellern verschanzt. Wir sind dankbar, dass gestern 20 000 Einwohnerinnen und Einwohnern von Mariupol die Flucht gelungen ist, indem sie die gefährliche Reise auf eigene Faust unternommen haben, aber Zehntausende sind noch dort und haben aufgrund der russischen Belagerung keinen Zugang zu humanitärer Hilfe.

Herr Vorsitzender,

alle Beweise für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht werden sorgfältig dokumentiert und aufbewahrt. Die Vereinigten Staaten unterstützen sämtliche Bemühungen, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Die ganze Welt schaut zu. Und lassen Sie mich bei der Gelegenheit der Europäischen Union dafür danken, dass sie uns alle an die Bestimmungen des Verhaltenskodex erinnert hat.

Wir schließen uns den Forderungen der internationalen Gemeinschaft nach einer unverzüglichen Waffenruhe und sicheren Korridoren für humanitäre Hilfe und Evakuierungen der Zivilbevölkerung an. Putin hat bereits die größte Flüchtlingskrise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg hervorgerufen. Über drei Millionen Flüchtlinge haben die Ukraine verlassen und mindestens zwei weitere Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer sind Binnenvertriebene. Es ist eine Schande.

Die grausame Taktik Russlands bestärkt nur die entschlossene Haltung des ukrainischen Militärs und der ukrainischen Bevölkerung gegen Russland. Wir sehen das bereits in Städten und Ortschaften in der ganzen Ukraine: ukrainische Flaggen schwenkende Demonstranten in Cherson, die gegen die Errichtung einer so genannten Volksrepublik protestieren; einfache Bürgerinnen und Bürger, die die Rückkehr des entführten Bürgermeisters von Melitopol fordern und die Einsetzung einer Marionette ablehnen. Die Ukrainerinnen und Ukrainer werden sich nicht von den Invasoren unterjochen lassen.

Herr Vorsitzender,

die Vereinigten Staaten werden die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine weiterhin unterstützen. Wir stehen an der Seite der Ukraine, wie wir es seit der rechtswidrigen Inbesitznahme der Krim durch Russland vor acht Jahren getan haben. Wir werden der Ukraine weiterhin Unterstützung leisten, einschließlich im Sicherheitsbereich, um sie in ihrem legitimen Recht auf Selbstverteidigung zu stärken. Diese militärische Hilfe erfolgt im Einklang mit den Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen sowie mit unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen.

Die Vereinigten Staaten positionieren ihre Truppen und Fähigkeiten immer wieder neu, um das Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv entlang der NATO-Ostflanke zu stärken. Wie Präsident Biden betonte, sind wir und unsere Verbündeten fest entschlossen, jeden Zoll des NATO-Gebiets zu verteidigen.

### **Recht auf Erwiderung zum Thema der vermeintlichen „Biowaffen“**

Wir bedauern, dass der Kreml diese Woche erneut sein falsches Narrativ über die Arbeit des Programms des amerikanischen Verteidigungsministeriums *Cooperative Threat Reduction* (CTR) im Bereich Krankheitsüberwachung, Bio- und Laborsicherheit in der Ukraine wiederholt hat. Gestatten Sie mir, hier nochmals einige Dinge richtigzustellen. Das CTR-Programm unterstützte 30 Labors und Diagnoseeinrichtungen des Gesundheitsministeriums sowie 16 Einrichtungen des Landwirtschaftsministeriums in der Ukraine. Dabei wurden seit 2005 an die 200 Millionen US-Dollar in die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit und der Tiergesundheit in der Ukraine investiert. Zur Unterstützung der Transparenz hat die Weltgesundheitsorganisation die Aufsichtsfunktion bei einer externen Bewertung der ukrainischen Einrichtungen wahrgenommen.

Das CTR-Programm des Verteidigungsministeriums begann seine Tätigkeit in der Ukraine, um illegale biologische Waffen, die nach dem Zerfall der UdSSR in den Nachfolgestaaten zurückgeblieben waren, sicherzustellen. Das CTR-Programm bietet Ausbildung und Ausrüstung zur biologischen Sicherheit und Sicherung sowie zur Unterstützung der öffentlichen Gesundheit und der Tiergesundheit, um das Risiko von Krankheitsausbrüchen zu senken. Russland hat bis 2014 jahrelang Unterstützung durch das CTR-Programm des US-Verteidigungsministeriums angenommen. Lassen Sie mich diese Tatsache nochmals betonen: Die Russische Föderation hat von den Vereinigten Staaten Unterstützung für die gleiche Art von Ausbildung und Ausrüstung, wie sie die Ukraine erhalten hat, in Anspruch genommen. Die Desinformationskampagnen Russlands gegen das CTR-Programm des Verteidigungsministeriums begannen erst, nachdem die Regierung der Vereinigten Staaten die Finanzierung von Projekten in Russland eingestellt hatte. Russland hat sich offenbar nicht einmal die Mühe gemacht, über seine eigene Zusammenarbeit mit dem CTR-Programm in der Vergangenheit Recherchen anzustellen, bevor es diese schamlose Lüge über die Ukraine in die Welt setzte.

Ich möchte auch auf die Arbeit der OSZE im Bereich der biologischen und chemischen Sicherheit in der Ukraine zur Förderung der Umsetzung von Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen hinweisen, die von der Europäischen Union unterstützt wurde. Ab 2015 entwickelten das Konfliktverhütungszentrum der OSZE und der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine in Kyjiw ein integriertes Programm für chemische Sicherheit und Sicherung in der Ukraine, das auch biologische Sicherheit und Sicherung umfasst. Seit 2018 hat die Ukraine über drei zusammenhängende OSZE-Projekte für Biosicherheit in der Ukraine eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt. Die von der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten in der Zeit von 2017 bis 2021 finanzierten Programme im Bereich chemischer und biologischer Sicherheit und Sicherung wurden erfolgreich durchgeführt. Partner aus mehreren Ländern haben konkrete Hilfestellung geleistet, um die Nichtverbreitungsbemühungen der Ukraine zur Verminderung chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Bedrohungen zu stärken. Vielleicht schafft es Russland nun

sogar, die OSZE der Herstellung von Biowaffen für die Ukraine zu bezichtigen? Es wäre wohl kaum eine Überraschung.

Es ist absolut nichts Wahres an den Vorwürfen Russlands in Bezug auf ein vermeintliches Biowaffenprogramm in der Ukraine. In der Tat betreibt Russland, und nicht die Ukraine, seit Langem ein Biowaffenprogramm, das gegen die Konvention über biologische Waffen verstößt. Und Russland wurden immer wieder anhand ausreichender Belege Verstöße gegen das Chemiewaffenübereinkommen durch den Einsatz chemischer Waffen nachgewiesen.

Wir sind nach wie vor besorgt, Russland könnte versuchen, biologische oder chemische Waffen in der Ukraine einzusetzen. Der Kreml bezichtigt traditionell andere Länder verschiedener Verstöße, die Russland selbst begeht. Man könnte meinen, der Kreml könnte sich, obwohl schon so oft entlarvt, einen neuen Trick ausdenken, aber er bleibt bei derselben Masche. Wie der nationale Sicherheitsberater Sullivan bemerkte, nennt man das Erheben derart falscher Vorwürfe beim Pokerspiel „Tell“. Aber das hier ist kein Spiel. Wie Präsident Biden letzten Freitag erklärte, würde der Einsatz biologischer oder chemischer Waffen „Russland sehr teuer zu stehen kommen“.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

---

**1004. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1010, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Herr Vorsitzender,

Russlands ungerechtfertigter Krieg gegen die Ukraine geht nun in die dritte Woche und es ist wichtig, sich darüber im Klaren zu sein, wie es dazu gekommen ist. Nach Monaten des Leugnens und – offen gesagt – schamlosen Lügens begann die Russische Föderation am Morgen des 24. Februars – einen Tag, nachdem sie den OSZE-Teilnehmerstaaten versichert hatte, keinerlei Absicht zu haben, in der Ukraine einzumarschieren, – den größten Landkrieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg.

Es war ein gezielter und vorsätzlicher Angriff auf ein benachbartes Land – in der erklärten Absicht, einen Nachbarstaat zu zerstören und ihm das Existenzrecht abzusprechen. Wir haben uns alle gefragt, wann die Lügen aufhören würden; wie wir wissen ist die Antwort: nie. Obwohl seine Glaubwürdigkeit sowohl hier als auch in der ganzen Welt irreparablen Schaden genommen hat, setzt Russland zur Rechtfertigung seiner gewaltsamen und rechtswidrigen Militäraktion seine aggressive Propagandakampagne mit erfundenen Vorwänden, fiktiven Ereignissen und eklatanten Fehlinformationen fort und will damit seiner eigenen Bevölkerung Angst einflößen.

In dem brutalen Vorgehen gegen Antikriegsproteste in russischen Städten, der Inhaftierung Tausender und der Bedrohung aller Medien, die über etwas berichten, was nicht vom Kreml abgesegnet wurde, kommt deutlich die Angst Russlands zum Ausdruck, seine Bürgerinnen und Bürger könnten entdecken, dass ihnen eine Lüge aufgetischt wurde. Ein weiser Mann hat einmal gesagt: „Wahnvorstellungen, Irrtümer und Lügen sind wie riesige, farbenprächtige Schiffe, deren Sparren morsch und wurmstichig sind, und die, die sich darauf einschiffen, erleiden unweigerlich Schiffbruch.“

Die einfachen Russinnen und Russen werden die Erfindungen und Lügen durchschauen. Sie werden die Wahrheit erfahren.

Russland setzt den Krieg fort, der der größte in Europa seit Generationen ist. Und nutzt dabei fast das gesamte Spektrum seiner konventionellen Fähigkeiten, darunter mechanisierte Bodentruppen, bodengestützte Lenkwaffensysteme, schwere Bomber, Beschießung durch Seestreitkräfte, Landungsschiffe und Sturmtruppen, Luftlandtruppen und

Spezialkräfte. Die Kampfhandlungen finden an mehreren Fronten statt, und die Luftangriffe Russlands reichen bis in westliche Regionen wie die Oblast Lwiw.

Unterdessen versucht Russland weiterhin, uns davon zu überzeugen, dass es bei seiner „militärischen Spezialoperation“ nicht auf die Zivilbevölkerung abziele; aber wir sollten in aller Deutlichkeit festhalten: Es handelt sich nicht um eine begrenzte militärische Aktivität, sondern um Krieg. Konfrontiert mit einem überaus geschickten und entschlossenen Widerstand der Ukrainer, knüpfte Russland in dieser Woche an die alte russische Militärtaktik des wahllosen Beschusses durch Artillerie und Mehrfachraketenwerfer-Systeme an, was an das Vorgehen in Syrien und Tschetschenien erinnert. Dieser wahllose Beschuss von urbanen Wohngebieten verursacht weiterhin Todesopfer unter der Zivilbevölkerung und die unnötige Zerstörung ihrer Wohnhäuser, insbesondere während der Belagerung von Mariupol durch die russischen Streitkräfte.

Trotz der vielen Stimmen, die hier und in der ganzen Welt das Ende der Bombardierungen, der Artillerieangriffe, das Ende der Gewalt gegen Zivilpersonen und das Ende dieses Kriegs fordern, trägt Russland noch dicker auf mit seinen Lügengeschichten und Fehlinformationen und will mit immer noch absurderen Behauptungen einen Vorwand für seine nächsten gewaltsamen, auf Eskalation ausgerichteten Handlungen schaffen. In der vergangenen Woche stellte Russland immer wieder die ungeheuerliche Behauptung auf, man verfüge über Beweismaterial, dass die Ukraine an der Entwicklung biologischer und chemischer Waffen beteiligt sei. Eine reine Erfindung. Wir haben auch die Behauptungen gehört, Russland habe Beweise dafür, dass die Ukraine eine Art von Kernwaffen entwickle, eine weitere reine Erfindung. Das ist Russlands Strategie. Wir haben das alles schon erlebt und lassen uns nicht zum Narren halten. Niemand schenkt diesen absurden Vorwürfen Glauben; ebenso wenig wie der Behauptung, die 200 000 Mann an der Grenze zur Ukraine hätten sich dort zu „Übungen“ eingefunden und nicht für eine Invasion der Ukraine positioniert.

Faktum ist nach wie vor, dass die Ukraine und ihre Bevölkerung nichts getan haben, um diesen Konflikt zu provozieren oder anzuzetteln. Die Ukraine ist nicht der Aggressor. Ganz im Gegenteil. Es gab keine Bedrohung für die Menschen im Donbass, Russland hat sie frei erfunden. Russland hat eine erfundene Bedrohung, eine erfundene Flüchtlingskrise und die Notwendigkeit einer „Intervention“ vorgetäuscht. Russland verbreitet weiterhin neue und immer erfindungsreichere Vorwände, um dieses unrechtmäßige militärische Abenteuer gegen sein souveränes Nachbarland zu untermauern. Wann werden sie erkennen, dass Kriege, die auf der Grundlage von Lügen geführt werden, zum Scheitern verurteilt sind? Wann werden sie erkennen, dass dieser strategische Irrweg nun beendet werden muss?

Herr Vorsitzender,

wie ich letzte Woche sagte: es gibt eine humanitäre Krise in der Ukraine, die sich verschlimmert, das ist eine Tatsache. Tatsache ist auch, dass die Krise die direkte Folge der russischen Invasion ist. Nichts anderes. So ist es. Es gibt einen massiven Flüchtlingsstrom, inzwischen sind mehr als zwei Millionen Menschen über die Grenze in die Nachbarländer geflohen; es sind stolze Ukrainerinnen und Ukrainer, die Ukraine ist ihre Heimat, und jetzt sind sie Flüchtlinge – und Russland ist dafür verantwortlich. Wäre Russland nicht in ihr souveränes Land einmarschiert, gäbe es keine humanitäre Krise. Wenn Sie die humanitäre Krise beenden wollen, ist die Lösung ebenso einfach. Stellen Sie Ihre aggressiven Militäraktionen ein. Beenden Sie den Krieg. Ziehen Sie Ihre Truppen samt Ausrüstung nach

Russland zurück, wo sie hingehören, und die Menschen werden in ihre Heimat zurückkehren können. Oder zumindest in das, was von ihren Häusern übriggeblieben ist, nachdem sie von den russischen Streitkräfte beschossen wurden.

Herr Vorsitzender,

Kanada bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern haben wir energisch und kollektiv auf diese rücksichtslosen und gefährlichen Handlungen reagiert und werden das auch weiterhin tun. Kanada wird seine militärische Unterstützung für die Ukraine weiter verstärken. Zu diesem Zweck arbeiten die kanadischen Streitkräfte und unser Verteidigungsministerium mit ganzer Kraft daran, so bald wie möglich neue Lieferungen an militärischer Ausrüstung bereitzustellen. Bei unserer Unterstützung für die Ukraine in den nächsten Stunden, Tagen und Wochen werden wir nichts unversucht lassen.

Angesichts dieser unvorstellbaren Bedrängnis zeigt das ukrainischen Volk unglaublichen Mut und lässt sich durch nichts von seinem Wunsch abbringen, ein freies, demokratisches Land zu sein, das sein Schicksal selbst in die Hand nimmt. Wir stimmen in den Chor aller Staaten überall in der Welt ein und bekräftigen, dass wir an der Seite der Ukraine stehen. Slawa Ukrajin!

---

**1004. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1010, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender. Diese Erklärung erfolgt zu dem von der Ukraine eingebrachten Thema, und ich ersuche darum, das im Journal des Tages entsprechend festzuhalten.

Herr Vorsitzender, es ist nun fast drei Wochen her, dass Präsident Putin seine vorsätzliche und unprovizierte Invasion in der Ukraine begonnen hat, und, wie wir heute gehört haben, spielen unsere russischen Kolleginnen und Kollegen weiterhin die Rolle der Geschichtenerzähler des Kremls und gehen mit ihren Lügen hausieren, um zu versuchen, die militärische Aktion Russlands gegen die Ukraine zu rechtfertigen.

Im Februar kursierten im Vorfeld der Invasion über hundert verschiedene Geschichten mit unbegründeten Behauptungen rund um die Vorwände für die Invasion, die, wie sich herausstellte, durch vom Kreml gesteuerte Medien verbreitet wurden. Mit leeren Phrasen und Fehlinformationen versuchten unsere russischen Kolleginnen und Kollegen blindlings, die Ukraine fälschlicherweise als Bedrohung darzustellen, aber es ließ sich niemand von ihnen täuschen.

Auch hier und jetzt lügen unsere russischen Kolleginnen und Kollegen weiter – mit durchsichtigen Versuchen, Fehlinformation zu verbreiten, um noch mehr Vorwände für die Militäraktion zu liefern. Letzte Woche haben wir gemeinsam mit ukrainischen und US-amerikanischen Kolleginnen und Kollegen die absurden Anschuldigungen und Lügen Russlands rund um die falsche Vorstellung aufgedeckt, die Ukraine versuche, Offensivkapazitäten mit biologischen und nuklearen Waffen zu entwickeln. Dass die öffentliche Reaktion meines russischen Kollegen auf Delegationen, die die Wahrheit aussprachen, „Verwunderung“ war, ist bezeichnend.

Herr Vorsitzender, ich möchte meine russischen Kolleginnen und Kollegen, die hier in Wien in der einmaligen Lage sind, unzensurierte Nachrichten aus der ganzen Welt mit Berichterstattungen über wahre Tatsachen zu sehen, dringend ersuchen, einmal innezuhalten. Und über ihre Position, ihre Verantwortung und ihr Amt als Diplomatinen und Diplomaten und Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Russlands nachzudenken und sich nicht weiter an der Verbreitung der Lügen mitschuldig zu machen, die Präsident Putin seinem eigenen Volk aufischt.

Solange diese Lügen fortgesetzt werden, arbeitet die Kriegsmaschinerie des Kremls weiter. Vom entschlossenen Widerstand der Ukrainerinnen und Ukrainer frustriert, sind die russischen Streitkräfte zunehmend dazu übergegangen, unterschiedslos aus der Ferne anzugreifen – unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern, ballistischen Raketen vom Typ Iskander, Artillerie, mit Bodenangriffen aus der Luft und Marschflugkörpern, um alle größeren ukrainischen Städte, die kritische zivile Infrastruktur des Landes, darunter Häfen, Wohngebiete und sogar Krankenhäuser anzugreifen. Russland setzt Streumunition und Vakuumpaketen ein – Waffen, die darauf ausgerichtet sind, größtmöglichen Schaden anzurichten, wo immer sie zum Einsatz kommen.

Herr Vorsitzender, wir haben die lächerlichen Behauptungen meines russischen Kollegen gehört, die Ukraine sei für die Auswirkungen auf die Handelsschifffahrt in der Region verantwortlich. Ich stelle fest, dass es die russischen Seestreitkräfte waren, die eine Seeblockade vor der ukrainischen Schwarzmeerküste eingerichtet und damit die Ukraine erfolgreich vom internationalen Seehandel isoliert haben. Und Russland war es, das in den letzten Wochen mehrere Handelsschiffe unter ausländischer Flagge angegriffen hat. Die russischen Seestreitkräfte setzen auch ihre Raketenangriffe auf Ziele in der ganzen Ukraine fort.

Russland hat dem ukrainischen Volk Gewalt in ungeheuerlichem Ausmaß zugefügt. Unverzeihlich ist vor allem die grausame und wahllose Zerstörung der Stadt Mariupol und die daraus resultierende Zahl an Opfern unter der Zivilbevölkerung. Das sollte uns alle hier im Raum (auch die russischen Kolleginnen und Kollegen) als Menschen, Diplomaten und Militärberater zutiefst erschüttern und beschäftigen. Das Vereinigte Königreich hat dem Internationalen Strafgerichtshof technische Unterstützung angeboten, um alle, die für die Kriegsverbrechen in der Ukraine verantwortlich sind, vor Gericht zu bringen, unter anderem auch Unterstützung bei der unmittelbar vorrangigen Sammlung und Aufbewahrung von Beweisen. Russische Kommandeure, die Kriegsverbrechen begehen, sollten wissen, dass sie dies nicht ungestraft tun können. Die ganze Welt sieht ihnen zu und für ihre Handlungen können sie durchaus in einer Gefängniszelle landen. Nichts und niemand wird vergessen werden.

Herr Vorsitzender, mein russischer Kollege hat erneut darauf bestanden, dass die sogenannte „militärische Spezialoperation“ nach Plan verlaufe. Das ist jedoch nicht der Fall. Erstmals hat Russland das endlich diese Woche zugegeben. Der Befehlshaber der russischen Nationalgarde, Wiktor Solotow, hat das erklärt, sollte mein russischer Kollege diesen Hinweis benötigen. Russland zahlt für jedes Vorrücken einen hohen Preis, zumal die ukrainischen Streitkräfte weiterhin unerschrocken im ganzen Land Widerstand leisten.

Die Reaktion des ukrainischen Volkes bei der Verteidigung seines Heimatlandes gegen eine ausländische Invasion war bisher stoisch, geeint und herausfordernd. Angefangen von der Führung durch Präsident Selenskyj in Kyjiw bis hin zu den Tausenden Ukrainerinnen und Ukrainern, die sich freiwillig zur Territorialverteidigung gemeldet haben, werden ihr Mut, ihre Entschlossenheit und ihre Tapferkeit in die Geschichte eingehen.

Herr Vorsitzender, das Vereinigte Königreich hat gemeinsam mit vielen anderen Ländern wiederholt davor gewarnt, dass jeder militärische Einfall Russlands in die Ukraine ein schwerer strategischer Fehler und der Preis dafür sehr hoch wäre. In diesem

Zusammenhang werden wir die Ukraine, unsere Freundinnen und Freunde, auch weiterhin in ihrem Kampf um ihr Heimatland unterstützen.

Bisher haben wir der Ukraine rund 4 000 leichte Panzerabwehrsysteme oder NLAW zur Verfügung gestellt und wir werden demnächst eine kleine Lieferung von Javelin-Panzerabwehrraketen auf den Weg bringen. Das wird der Ukraine dabei helfen, sich gegen die Bedrohung durch Panzertruppen zu wehren.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat ferner beschlossen, die Schenkung tragbarer Flugabwehrraketen des Typs Starstreak HVM zu sondieren. Diese Abwehrwaffen würden den Streitkräften der Ukraine eine bessere Verteidigung ihres Luftraums ermöglichen.

Herr Vorsitzender, ich möchte erneut betonen, dass unsere gesamte Unterstützung für das demokratische, souveräne Land der Ukraine defensiver Natur ist und ihm helfen soll, sich gegen diesen russischen Angriffskrieg zur Wehr zu setzen.

Wir werden dafür sorgen, dass die russische Regierung den Preis für ihr Vorgehen zahlen muss. Das Vereinigte Königreich steht an der Seite des ukrainischen Volkes im Kampf um sein Heimatland. Wir werden mit unseren Partnern zusammenarbeiten – egal wie lange es dauert –, um sicherzustellen, dass die Souveränität, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit der Ukraine wiederhergestellt werden.

Danke. Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

**1004. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1010, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

diese Erklärung bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt, der von der Ukraine eingebracht wurde.

Wir schließen uns der Erklärung der Europäischen Union an. Erlauben Sie mir jedoch, als Vertreter meines Landes noch die folgenden Anmerkungen hinzuzufügen.

Georgien verurteilt die unprovokierte und ungerechtfertigte Aggression Russlands gegen die Ukraine erneut aufs Schärfste; sie stellt einen eklatanten Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen und die Schlussakte von Helsinki dar.

Nach jüngsten Angaben der Vereinten Nationen sind nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine mehr als 3 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer heimatlos geworden und mussten in Nachbarländern Schutz und Sicherheit suchen. Die Besatzungstruppen bombardieren und beschießen weiterhin direkt, massiv und unterschiedslos ukrainische Städte, Ortschaften und Siedlungen, wobei Hunderte unschuldige Menschen ums Leben kommen.

Wir verurteilen die direkten Anschläge Russlands auf die zivile Infrastruktur und die Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten und medizinisches Personal; wir sind entsetzt über die Berichte über Vergewaltigungen, Entführungen und Hinrichtungen. Das humanitäre Völkerrecht verbietet ausdrücklich Angriffe auf Zivilpersonen oder zivile Objekte. Diese Angriffe müssen sofort aufhören. Die sichere Reise durch humanitäre Korridore und die Lieferung von Hilfsgütern müssen für alle Zivilpersonen gewährleistet werden – sowohl für diejenigen, die bleiben wollen, als auch für diejenigen, die gehen wollen.

Mit größter Besorgnis verfolgen wir die Bedrohungen für die Umwelt sowie für die nukleare und die Strahlungssicherheit, die der russische Angriff mit sich bringt. Wir fordern Russland erneut auf, die Militäraktionen rund um die Kernkraftwerke unverzüglich einzustellen, alle Truppen abzuziehen und den Ukrainerinnen und Ukrainern die ungehinderte Kontrolle über ihre Anlagen zu ermöglichen.

Herr Vorsitzender,

Georgien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, sowie für die Schifffahrtsrechte der Ukraine in ihren Hoheitsgewässern.

Georgien steht an der Seite der Ukraine, sowohl hier in der OSZE als auch in allen anderen einschlägigen internationalen Organisationen und Gremien.

Wir fordern Russland auf, seine Aggression unverzüglich, vollständig und ohne Vorbedingungen einzustellen, alle seine Streitkräfte und Waffen aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen sowie allen internationalen humanitären und Menschenrechtsmechanismen sofortigen, sicheren und ungehinderten Zugang im gesamten Land zu gewähren.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

---

**1004. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1010, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

auf der letzten Sitzung des Ständigen Rates schilderte der Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfe Koordinator der Vereinten Nationen, Martin Griffiths, die humanitäre Lage vor Ort in der Ukraine. Bedauerlicherweise hat sich die humanitäre Tragödie seit dieser Sitzung nur noch verschlimmert.

Nach Berichten des UNHCR sind bisher über 2,8 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. 2,8 Millionen entwurzelte Menschen. 2,8 Millionen Menschen, die alles zurückgelassen haben. Mittlerweile gibt es nun mindestens zwei Millionen Binnenvertriebene. Weitere 12,6 Millionen sind direkt betroffen. Sie haben mit eisigen Temperaturen und Hunger zu kämpfen.

Schätzungen von UNICEF zufolge sind 60 Prozent aller Flüchtlinge Kinder, die mit ihren älteren Angehörigen geflohen sind. Derzeit sind 91 000 Kinder in Heimen in der Ukraine untergebracht, die meisten von ihnen sind behindert. Unter diesen minderjährigen Flüchtlingen und Binnenvertriebenen steigt das Risiko von Krankheiten wie Kinderlähmung und viele andere.

Das sind düstere und bedrückende Zahlen. Die unschuldigen Zivilpersonen, besonders Kinder, sind dem durch nichts provozierten und ungerechtfertigten Militärschlag der Russischen Föderation auf grausame Weise ausgesetzt.

Dieser Angriff ist illegal und unrechtmäßig. Er stellt eine eindeutige Verletzung des Völkerrechts dar. Er bedeutet eine ernsthafte Bedrohung für die regionale und internationale Sicherheit.

Wir weisen den fortdauernden Angriff ebenso zurück, wie wir die Entscheidung, die sogenannten abtrünnigen Republiken Donezk und Luhansk anzuerkennen, und die rechtswidrige Annexion der Krim zurückgewiesen haben.

Wir unterstützen mit aller Entschlossenheit die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um unsere nachdrückliche und aufrichtige Forderung nach der dringenden und dauerhaften Ausrufung einer Waffenruhe zu bekräftigen. Das Blutvergießen muss aufhören.

Mein Land arbeitet unermüdlich mit allen Seiten an der Erleichterung einer friedlichen Lösung dieser Krise, und hat unter anderem das trilaterale Treffen auf hoher Ebene von letzter Woche am Rande des *Antalya Diplomacy Forum* ermöglicht.

Im Anschluss daran ist unser Minister für auswärtige Angelegenheiten, S. E. Mevlüt Çavuşoğlu, heute auf Besuch in Moskau; morgen wird er in der Ukraine erwartet.

Wir hoffen, dass alle laufenden Gespräche den Weg zur Rückkehr zu Dialog und Diplomatie ebnen werden.

Auch in einem anderen Bereich ist die Türkei aktiv: Die Ukraine und Moldau haben die Türkei um humanitärer Hilfe ersucht.

Bisher wurden 21 Lkw-Ladungen mit humanitärer Hilfe von unseren Behörden an die Ukraine geliefert. Zwölf weitere Lastwagen sind unterwegs.

Drei Lastwagenladungen mit humanitären Hilfsgütern wurden an die Republik Moldau geliefert.

Ein 11-köpfiges Team der türkischen Katastrophenschutzbehörde ist am Grenzübergang Porubnoje – Siret (an der ukrainisch-rumänischen Grenze) stationiert, um den zunehmenden Bedarf an humanitärer Hilfe in der Ukraine einzuschätzen und die laufenden Hilfsmaßnahmen zu koordinieren.

Zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des türkischen Gesundheitsministeriums sind ebenfalls an diesem Grenzübergang tätig, um die medizinische Versorgung der Hilfsbedürftigen zu gewährleisten.

Auch der türkische Rote Halbmond verteilt am Grenzübergang Porubnoje – Siret Nahrungsmittel.

Weitere Hilfsmaßnahmen sind in Planung.

Herr Vorsitzender,

mein Land wünscht sich Frieden, Ruhe und Wohlstand in seiner Region.

Wir werden weiterhin entschieden auf den Frieden drängen und das Völkerrecht achten.

Wir sind bereit, jede Anstrengung in jedweder Form zu unterstützen, die uns einem friedlichen Ausweg aus dieser Lage näher bringt.

Wir bitten höflich um Aufnahme unserer Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

**1004. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1010, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland schließt sich vollständig der Erklärung der EU an.

Die Russische Föderation hat in ihrem Beitrag Behauptungen aufgestellt, die ich so nicht stehen lassen kann. Daher möchte ich ergänzend zur EU-Erklärung auch in nationaler Eigenschaft das Wort ergreifen, ebenfalls explizit unter dem von der Ukraine genannten Titel.

Es ist immer wieder ein verblüffendes Schauspiel, welches Russland hier aufführt. Unsere russischen Kollegen versuchen mit hanebüchenen Behauptungen und realitätsverzerrenden Darstellungen das Vorgehen des Putin-Regimes und den brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen. Für einen Angriffskrieg gibt es keine Begründung. Ich versichere Ihnen noch einmal: nichts davon ist glaubhaft, auch nicht, wenn Sie bestätigte Fakten und objektive Berichterstattung mit dem Hashtag „Fake News“ versehen.

Wenn Sie an einer sinnvollen Diskussion und an einer friedlichen Lösung – denn eine andere gibt es nicht – interessiert sind, rufe ich Sie dazu auf, auf den Boden der Tatsachen und Fakten zurückzukehren. Haltlose Behauptungen und eine absurde Verdrehung der Realität, bei der das Opfer – die Ukraine – als Täter dargestellt wird, ist anmaßend.

Herr Vorsitzender,

mein Kollege hat bereits in der letzten Sitzung – gemeinsam mit anderen Teilnehmerstaaten, die auch heute bereits darauf eingegangen sind – die russischen Vorwürfe eines angeblichen Genozids in aller Deutlichkeit zurückgewiesen und auf die Unangebrachtheit hingewiesen. Dass der russische Vertreter nun erneut sorglos mit diesem Begriff um sich wirft, zeugt von Realitätsverlust und mangelndem historischem Feingefühl. Ich wiederhole es erneut: Es weist nichts – rein gar nichts – darauf hin, dass im Donbass ein Völkermord stattfindet oder stattgefunden hat. Das sehen auch sehr viele unabhängige Beobachter so. Die SMM hat dafür keinerlei Hinweise gemeldet. Auch internationale Menschenrechtsorganisationen sind in der Vergangenheit solchen Hinweisen nachgegangen, und niemand von ihnen ist zu dem Schluss gekommen, dass es Hinweise auf einen solchen Genozid gäbe. Auch der Begriff „Entnazifizierung“ entbehrt jeglicher Grundlage und ist angesichts der historischen

Vergangenheit vollkommen fehl am Platz. Ich rufe daher auf, von der Nutzung beider Begriffe in Zukunft abzusehen.

Wir verurteilen außerdem scharf die russischen Falschbehauptungen zu angeblicher Biowaffenforschung westlicher Staaten in der Ukraine, sowie die russischen Falschbehauptungen zu angeblich von ukrainischer Seite geplanten „Provokationen“ mit chemischen Substanzen beziehungsweise chemischen Waffen. Derartige, in keiner Weise belegbare, Propagandabeauptungen gegen die Ukraine, die alle ihre Verpflichtungen als Mitgliedstaat des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) erfüllt – darunter die regelmäßige Inspektion ihrer chemischen Industrie durch die OVCW (Organisation für das Verbot chemischer Waffen) – dienen allein der Rechtfertigung des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Wir sind vielmehr in Sorge wegen Meldungen, Russland plane verdeckte Operationen mit chemischen Substanzen, für die der Ukraine die Verantwortung zugeschoben werden soll. Ein solches Vorgehen fiele allein auf Russland zurück.

Herr Vorsitzender,

seit 20 Tagen sind wir nun Zeugen eines unbegründeten und unprovokierten Angriffskriegs gegen die Ukraine durch Russland und seinen Komplizen Belarus. Jeden Tag fordert dieser sinnlose Krieg mehr Opfer, darunter auch viele Zivilistinnen und Zivilisten. Russland trägt die volle Verantwortung für die schwerwiegenden humanitären Folgen und das unermessliche Leid der Menschen in der Ukraine.

Mein türkischer Kollege hat es auch bereits angesprochen: Die Menschen, die Zuflucht in Europa suchen – mittlerweile fast drei Millionen Personen, darunter viele Frauen und Kinder – sind das direkte Zeugnis dieser Tragödie. Russland trägt die Verantwortung dafür, dass Zivilistinnen und Zivilisten sich in Sicherheit bringen können und humanitäre Hilfe geleistet werden kann. Eine Lösung zu präsentieren, die keine Lösung ist, ist zynisch und verzögert den dringend notwendigen Schutz der Zivilbevölkerung.

Es ist mehr als eindeutig: Die von Russland in der Ukraine neu geschaffene, brutale und menschenfeindliche Realität ist nicht von der Hand zu weisen – und ich versichere Ihnen, niemand schaut weg und wir sowie der Rest der Welt sehen sehr wohl und ganz genau hin – und die Versuche Russlands diese Realität zu verschleiern, auch gegenüber der eigenen Bevölkerung, sind lächerlich und zum Scheitern verurteilt.

Der unsägliche Angriff auf eine Geburtsklinik in Mariupol zeigt das volle Ausmaß der Skrupellosigkeit des russischen Aggressors: ein Angriff auf schwangere Frauen ist ein Angriff auf das Leben selbst. So etwas dann auch noch als ukrainisches Schauspiel abzutun, ist mehr als widerwärtig. Auch die Drohungen, wichtige Konvois mit Unterstützung für die Ukraine und humanitären Hilfsgütern anzugreifen, ist eine Schande für ein Land, dessen Bevölkerung bereits selbst einen sehr hohen Preis in früheren Kriegen gezahlt hat. Die Zivilbevölkerung muss versorgt werden und es müssen dringend Möglichkeiten für ihre Evakuierung geschaffen werden.

Der russische Angriffskrieg auf die souveräne Ukraine stellt einen schweren Bruch des Völkerrechts dar, den wir aufs Schärfste verurteilen. Die Ukraine macht vor diesem Hintergrund lediglich von ihrem Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der VN-Charta Gebrauch, um ihre Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität zu schützen.

Dieser Angriffskrieg markiert für Deutschland eine Zeitenwende für seine Außen- und Sicherheitspolitik. Er ist eine schwerwiegende Verletzung der VN-Charta, die für uns eine unumstößliche Basis des Zusammenlebens aller Staaten darstellt und die wir verteidigen. In der aktuellen Situation ist es unsere Pflicht, die Ukraine bei der Verteidigung gegen die Invasionsarmee von Wladimir Putin nach Kräften zu unterstützen. Deutschland steht fest und solidarisch an der Seite der Ukraine – dies schließt auch die Lieferung von Verteidigungswaffen ein, was im Vorfeld seitens der Bundesregierung sehr sorgsam abgewogen wurde. Dabei handelt Deutschland selbstverständlich auf der Basis des Völkerrechts: wir leisten einem angegriffenen Staat, der sich auf sein Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der VN-Charta beruft, Nothilfe. Und lassen Sie es mich noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Dies alles wäre nicht notwendig gewesen, wenn Russland nicht einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg ohne jegliche Grundlage angezettelt hätte!

Die europäische Sicherheitsordnung, die wir uns gemeinsam über fast ein halbes Jahrhundert seit der Schlussakte von Helsinki mühevoll erarbeitet und aufgebaut haben, zerschmettert Russland mit seinem Vorgehen in einem Handstreich ohne Rücksicht auf Verluste. Die russische Missachtung und Verletzung dieser Ordnung, der VN-Charta, der völkerrechtlichen Verpflichtungen und OSZE-Prinzipien erschüttert unsere gemeinsame Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in ihren Grundfesten. Russland macht sich damit selbst zum Geächteten der Staatengemeinschaft und trägt die alleinige Verantwortung für die Gewalt und Gräueltaten, mit denen es sein Nachbarland überzieht. Seien Sie sich sicher: Keines der Verbrechen wird ungeahndet bleiben.

Es liegt an Russland, diesen sinnlosen und blutigen Krieg zu beenden und seine Truppen sofort und bedingungslos abzuziehen! Mit jedem Tag zerstört Russland weiter Menschenleben – der Plan, die Ukraine zu unterjochen, wird nicht aufgehen.

Wir stehen weiter unumstößlich an der Seite der Ukraine.

Vielen Dank.

Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

---

**1004. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1010, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION LETTLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Lettland schließt sich vollinhaltlich der Erklärung der Europäischen Union an. Gestatten Sie mir jedoch, in nationaler Eigenschaft und in Ausübung unseres Rechts auf Erwiderung auf die zuvor von der Delegation der Russischen Föderation abgegebene Erklärung einige Bemerkungen hinzuzufügen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es scheint, als ob die russischen Kolleginnen und Kollegen zwar in einer freien Welt lebten, aber von freien und unvoreingenommenen Informationen abgeschnitten wären. Wenn dem so ist, liebe russischen Kolleginnen und Kollegen, dann hören Sie bitte auf das, was Ihnen andere freie Länder hier im Forum für Sicherheitskooperation zu sagen haben.

Russophobie ist eine bequeme Ausrede, die vom Kreml erfunden wurde, um sein eigenes Volk einzuschüchtern und es in Elend und Isolation zu treiben.

Wir zollen den tapferen Russinnen und Russen, die ihrem Gewissen und Herz folgend den Mut haben, gegen Putins abscheulichen Krieg zu protestieren, unsere Anerkennung. Rund 15 000 Russinnen und Russen wurden in 112 Städten festgenommen, nur weil sie gegen den Krieg Putins in der Ukraine protestiert haben. Doch trotz Putins Einschüchterung und der Androhung von Verhaftungen nehmen die Menschen weiterhin an den Protesten teil. Am Sonntag gab es Proteste in Moskau, St. Petersburg, Kasan, Nowosibirsk, Chabarowsk, Irkutsk und in verschiedenen anderen Städten der Russischen Föderation.

Viele mutige Russinnen und Russen, darunter der Held der Russischen Föderation, der Pilot und Oberst der Luftwaffe Gennady Isaakovich Stern, haben an die russischen Militärpilotinnen und -piloten appelliert, die Zerstörung friedlicher ukrainischer Städte, Ortschaften und Dörfer sofort einzustellen.

Eine weitere mutige Russin, die Redakteurin des staatlichen russischen Fernsehsenders Kanal 1 Marina Owsjannikowa, lief am Montag mit einem Antikriegsplakat ins Studio einer Live-Sendung. Auf dem Plakat, das einige Sekunden lang gut sichtbar war,

stand: „Kein Krieg. Stoppt den Krieg. Glaubt der Propaganda nicht, Ihr werdet hier belogen.“ Dies passierte live während der wichtigsten Nachrichtensendung im Hauptabendprogramm Wremja, die von einem Millionenpublikum gesehen wird. Vor dem Vorfall hatte sie ein Video aufgenommen, in dem sie die Ereignisse in der Ukraine als „Verbrechen“ bezeichnete und sagte, sie schäme sich, für die Kreml-Propaganda gearbeitet zu haben. Sie selbst erklärte, „Ich schäme mich, dass ich mir erlaubt habe, im Fernsehen Lügen zu erzählen. Ich schäme mich, dass ich zugelassen habe, dass die Russinnen und Russen zu Zombies gemacht werden. Wir haben diesem unmenschlichen Regime einfach schweigend zugesehen.“

Wir sind solidarisch mit allen, die sich mutig gegen die Invasion Russlands in der Ukraine wehren.

Der russische Schriftsteller Boris Akunin hat es in einer Erklärung an alle Russinnen und Russen folgendermaßen ausgedrückt: „Wir haben alle das Gefühl, dass die Welt in diesen Tag wahnsinnig geworden ist. Dass sie vor unseren Augen untergeht. Dass der Angriff nicht nur gegen die Ukraine, sondern gegen uns alle gerichtet ist. Die Ukraine ist das Ziel. Wir alle sind das Ziel. Denn aus globaler Sicht sind die Wörter „Russland“ und „Russisch“ nun besudelt. Sie sind entehrt! In seiner ganzen Geschichte war Russland noch nie so isoliert wie jetzt.“

Es ist Putin, der zum größten Feind des russischen Volkes geworden ist. Der vom Kreml angezettelte Krieg bringt keine geopolitischen oder wirtschaftlichen Vorteile. Nur Verluste. Schande. Armut. Putins Regime sollte sich lieber auf die Lebensbedingungen im eigenen Land konzentrieren, die aufgrund von Putins Politik immer unerträglicher werden.

Das russische Volk sollte verstehen, welche Art von Krieg Putin in seinem Namen angezettelt und welche historische Schande er über das russische Volk gebracht hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

abschließend möchte ich sagen, dass Lettland – trotz aller Versuche Russlands, uns in Angst und Schrecken zu versetzen und unsere Unterstützung der Ukraine zu verhindern – die Ukraine unterstützt und weiterhin unterstützen wird, nicht nur politisch und diplomatisch, sondern auch durch die Stärkung der Selbstverteidigungsfähigkeiten der Ukraine, damit sie sich gegen den unprovzierten und unverantwortlichen Angriff Russlands verteidigen kann.

Russland mag versuchen, die Ukraine zu besetzen, aber es wird das ukrainische Volk nie besiegen.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal der Sitzung als Anhang beizufügen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

---

**1004. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1010, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION LITAUENS**

Herr Vorsitzender,

vielen Dank für die Erteilung des Wortes. Litauen schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an. Zur Unterstützung unserer ukrainischen Kolleginnen und Kollegen möchte ich jedoch auch einige Bemerkungen in nationaler Eigenschaft hinzuzufügen.

Auf unserer Sitzung letzte Woche haben wir gemeinsam mit anderen Delegationen die umfassenden Lügen- und Propagandageschichten entlarvt, die offizielle Vertreterinnen und Vertreter Russlands – auch Mitglieder der russischen Delegation im Forum für Sicherheitskooperation – mit ihren Versuchen, den derzeitigen Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine zu rechtfertigen, so eifrig verbreiten. Ich habe nicht die Absicht, das nochmals zu tun.

Trotz unserer unablässigen Bemühungen scheint es, als würde die russische Delegation nach wie vor dieselben Lügen wiederholen – wie eine Schallplatte, die einen Sprung hat, wie es so schön heißt. Was offenkundig ist, bleibt offenkundig. Was nicht zu rechtfertigen ist, kann nicht gerechtfertigt werden. Wie dem auch sei. Хватит лжи и пропаганды войны и насилия! Пора менять пластинку! (Genug der Lügen und Propaganda über Krieg und Gewalt! Es ist an der Zeit, eine andere Platte aufzulegen!)

Auf unserer Sitzung letzte Woche haben wir darauf hingewiesen, dass diejenigen, die in der Ukraine mit der Unterstützung von Belarus Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, selbst dafür die Verantwortung zu übernehmen haben.

Sobald sie von den Verteidigerinnen und Verteidigern der Ukraine gefangen genommen werden, beginnen die russischen Soldaten und Soldatinnen, Piloten und Pilotinnen zu gestehen. Sie rufen ihre Mütter, Ehefrauen und andere geliebte Menschen an; sie wenden sich auch öffentlich an ihre Kameradinnen und Kameraden und bitten sie, diesen Krieg zu beenden, das Morden an unschuldigen Menschen einzustellen.

Viele von ihnen bereuen, an diesen abscheulichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt gewesen zu sein. Viele von ihnen versuchen, sich von der

individuellen Verantwortung freizusprechen, indem sie sagen, lediglich „Befehle ausgeführt“ (“выполняли приказы”) oder auf der Grundlage der Koordinaten „gearbeitet zu haben“, die ihnen gegeben wurden (“работали по координатам”). Sie bedauern, nicht früher damit aufgehört zu haben, bevor es zu spät war, sich der individuellen Verantwortung zu entziehen.

Sie hatten jedoch die Wahl, die Ausführung rechtswidriger Befehle zu verweigern. Die EU-Delegation verwies in ihrer Erklärung auf die einschlägigen Bestimmungen des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit.

Das Konzept der individuellen Verantwortung gilt auch für russische und belarussische Diplomatinen und Diplomaten. Unser Kollege aus dem Vereinigten Königreich hat diese soeben aufgefordert, ihre Position, ihre Verantwortung und ihr Vermächtnis als Diplomatinen und Diplomaten und Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ihres Landes zu überdenken.

Ich möchte nochmals betonen, dass jeder Versuch, diese abscheulichen, von den Militärs ihrer Länder verübten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu vertuschen oder zu rechtfertigen, auf die gleiche Weise ausgelegt wird: nämlich als Beweis für ihre Mittäterschaft.

Niemand wird sich seiner oder ihrer individuellen Verantwortung entziehen können – weder die Drahtzieher dieser schrecklichen Verbrechen, noch die militärischen Befehlshaberinnen und Befehlshaber, die Berufssoldatinnen und -soldaten, die Fabrikarbeiterinnen und Fabrikarbeiter, die die Bomben für den Abwurf auf ukrainische Städte herstellen, die Lokführerinnen und Lokführer, die all diese Kampfmittel und russischen Truppen an die ukrainische Grenze bringen, die Propagandistinnen und Propagandisten, die Diplomatinen und Diplomaten.

In diesem Zusammenhang sollte man sich einer historischen Tatsache erinnern: Im Nürnberger Prozess wurden Diplomaten gemeinsam mit Nazi-Offizieren verurteilt. Und das Todesurteil gegen Joachim von Ribbentrop, Außenminister des Dritten Reiches, war, sofern ich mich nicht irre, das erste, das vollstreckt wurde.

Die von Russland mit der Unterstützung Belarus‘ in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden nun von den zuständigen internationalen Gremien sorgfältig erfasst und dokumentiert. Auch die OSZE trägt ihren Teil dazu bei: Anfang des Monats haben 45 Teilnehmerstaaten, unterstützt durch die Ukraine, den Moskauer Mechanismus aktiviert. Ein unabhängiges dreiköpfiges Expertenteam wurden bereits ernannt, das seine wichtige Arbeit, einschlägiges Beweismaterial zu sammeln, aufgenommen hat.

Aus diesem Grund richten wir einen weiteren Appell an die Diplomatinen und Diplomaten von Russland und Belarus: Distanzieren Sie sich von diesen Verbrechen, verurteilen Sie sie, schließen Sie sich der internationalen Gemeinschaft an, um diesem Blutvergießen Einhalt zu gebieten. Machen Sie sich nicht zu Komplizinnen und Komplizen!

Es gibt einige gute Beispiele, denen man folgen kann. Neben denen, die ich bereits letzte Woche angeführt habe (ein offener Brief der Studentinnen und Studenten des Staatlichen Moskauer Instituts für internationale Beziehungen und der Appell des ehemaligen

russischen Außenministers Andrej Kosyrew an die russischen Diplomatinen und Diplomaten), kann ich auch auf Natalia Chwastowa, Konsulin am Generalkonsulat der Republik Belarus in München, verweisen, die am 2. März 2022 aus Protest gegen die Beteiligung von Belarus an diesem Aggressionskrieg Russlands gegen die Ukraine ihren Dienst quittiert hat, oder Marina Owsjannikowa, eine Journalistin des wichtigsten russischen Staatsfernsehsenders, Kanal 1, die die Stärke gefunden hat, einzugestehen, sich geirrt zu haben und zu sagen, dass sie lieber auf der richtigen Seite der Geschichte stehen wolle.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal unsere uneingeschränkte Unterstützung für das mutige Volk der Ukraine und unsere bedingungslose Solidarität mit ihm zum Ausdruck bringen; mit den Millionen Ukrainerinnen und Ukrainern, die alles daran setzen, ihr Heimatland zu verteidigen und den Angriffskrieg Russlands im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen abzuwehren.

Ihr Kampf ist der beste Beweis dafür, dass die Anzahl der Truppen und des Geräts keine Garantie für einen Vorteil auf dem Schlachtfeld ist. Was am meisten zählt, ist der Kampfgeist – die Entschlossenheit, sein Land, sein Volk, seine Freiheit und die Unabhängigkeit seines Landes zu verteidigen.

Die Ukraine wird nicht kapitulieren. Die Ukrainerinnen und Ukrainer werden nicht kapitulieren. Sie haben zu viele und zu traurige Erfahrungen in ihrer Geschichte gemacht, als dass es anders sein könnte. Wer noch daran zweifelt, dem empfehle ich, sich einfach die ukrainische Nationalhymne anzuhören, deren Text lautet:

Noch sind der Ukraine Ruhm und Freiheit nicht gestorben,  
noch ist das Glück uns hold, oh Brüder,  
unsere Feinde werden vergehen, wie der Tau in der Sonne,  
und auch wir, Brüder, werden Herren im eigenen Land sein.

Wir werden Seele und Leib für unsere Freiheit opfern,  
und wir werden zeigen, Brüder, dass wir zum Kosakengeschlecht gehören.

Слава Україні! Тримай, Україно! Разом до перемоги!  
(Es lebe die Ukraine! Halte durch, Ukraine! Gemeinsam zum Sieg!)

Danke.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

---

**1004. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1010, Punkt 1 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Herr Vorsitzender,

die Delegation Aserbaidshans möchte in ihrer nationalen Eigenschaft das Forum auf die jüngsten militärischen Provokationen aufmerksam machen, die von armenischen bewaffneten Verbänden begangen wurden, die illegal auf aserbaidshanischem Gebiet disloziert sind, in dem vorübergehend Friedenstruppen stationiert sind. Wir werden auch auf die Entwicklungen in der Region nach der Unterzeichnung der trilateralen Erklärungen und den Bemühungen um die Konfliktnachsorge eingehen, wobei wir den Schwerpunkt auf politisch-militärische Fragen legen.

Seit Anfang März dieses Jahres haben die illegalen armenischen bewaffneten Kommandos auf dem Gebiet Aserbaidshans, in dem die russischen Friedenstruppen vorübergehend stationiert sind, mit Waffen unterschiedlichen Kalibers die Stellungen der aserbaidshanischen Streitkräfte in verschiedenen Richtungen in den aserbaidshanischen Regionen Ağdam, Chodschali, Goranboy, Tatar, Kelbadschar und Towus beschossen. Darüber hinaus wurden die aserbaidshanischen Streitkräfte in Richtung der Region Ordubad der aserbaidshanischen Autonomen Republik Nachitschewan an der Staatsgrenze unter Beschuss genommen.

Die Truppenteile der aserbaidshanischen Streitkräfte, die in den angeführten Richtungen stationiert sind, haben entsprechende Maßnahmen ergriffen, um auf diese Provokationen Armeniens zu reagieren. Die aserbaidshanischen Streitkräfte zielen nicht auf zivile Infrastruktur, sondern nur auf die Stellungen der illegal dislozierten armenischen bewaffneten Kommandos.

Die jüngsten Provokationen sind Ausdruck der äußerst revanchistischen Haltung, die in Armenien seit dem Konflikt überhandgenommen hat. Armenien versucht, die Lage zu destabilisieren und die Aussichten auf die Schaffung eines dauerhaften Friedens in der Region zu gefährden. Diese Aktionen passen auch gut in das Muster des unverantwortlichen militärischen Abenteuerertums Armeniens und stellen einen Versuch dar, Aserbaidshans unter Ausnutzung der Verschärfung der Lage in einem anderen Teil des OSZE-Raums in Provokationen hineinzuziehen. Es handelt sich um eine gefährliche Übung mit nicht absehbaren Folgen, die keineswegs der Festigung des Friedens in der Region dient. Wir

möchten betonen, dass die Hauptverantwortung dafür direkt bei der politisch-militärischen Führung Armeniens liegt.

Bekanntlich hat die am 10. November 2020 unterzeichnete trilaterale Erklärung den bewaffneten Konflikt beendet und vereinbarte Parameter für die Schaffung eines dauerhaften Friedens in der Region festgelegt. Die Prioritäten Aserbaidschans in der Nachkonfliktphase sind Konfliktnachsorge, Wiederaufbau und Wiedereingliederung so schnell und wirksam wie möglich sowie die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu Armenien.

Die aserbaidchanische Regierung hat bereits praktische Schritte eingeleitet, um die Folgen der jahrzehntelangen, mit massiven Zerstörungen verbundenen Besetzung seiner Gebiete durch Armenien zu beseitigen. Daneben bleiben Herausforderungen bestehen. Fast ein Jahr nach der Unterzeichnung der trilateralen Erklärungen können wir dem Forum noch immer nicht die vollständige Umsetzung dieser Vereinbarung samt ihren politisch-militärischen Aspekten melden.

So weigert sich Armenien nach wie vor, die Reste seiner illegalen bewaffneten Formationen vollständig aus dem Hoheitsgebiet Aserbaidschans abzuziehen, wo die Friedenstruppen vorübergehend disloziert sind, wie es in Artikel 4 der trilateralen Erklärung vom 10. November 2020, den internationalen Verpflichtungen Armeniens und den grundlegenden OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen, insbesondere nach dem Grundsatz der „Zustimmung des Gastlandes“, vorgesehen ist.

Armenien missbraucht die Straße durch den Latschin-Korridor weiterhin für militärische Zwecke und verstößt damit gegen die Bestimmungen der trilateralen Erklärung, die vorsieht, dass diese Straße nur für Bürgerinnen und Bürger, Fahrzeuge und Güter genutzt werden darf. Armenien transportiert nach wie vor seine Militärangehörigen und Waffen über diese Straße, was einen eklatanten Verstoß gegen die grundlegenden OSZE-Prinzipien darstellt, die allen geltenden Regimen für Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) in Wort und Geist zugrunde liegen.

Wir möchten das Forum daran erinnern, dass Armenien in den letzten fast drei Jahrzehnten seine politisch-militärischen Verpflichtungen im Bereich der Rüstungskontrolle und der VSBM in ungeheurer Weise verletzt hat, indem es sich die Fragmentierung der Anwendungszone für diese Regime zunutze machte und sich allen bestehenden militärischen Transparenzmechanismen innerhalb der OSZE entzog. Dazu gehörte die Weigerung, genaue und vollständige Informationen über seine in den ehemals besetzten Gebieten Aserbaidschans illegal stationierten Streitkräfte weiterzugeben, der ungezügelter militärischer Aufwuchs durch eine massive Umleitung von Waffen und militärischer Ausrüstung in diese Gebiete und die Abhaltung zahlloser Militärübungen ebendort. Das Ausmaß dieser Verstöße wurde im Verlauf des 44-tägigen Krieges von 2020 in unserer Region deutlich, dessen Ergebnis die Wiederherstellung seiner Souveränität und territorialen Integrität Aserbaidschans war.

Es ist bedauerlich, dass Armenien nach dem Ende des bewaffneten Konflikts seit zwei Jahren in Folge keine militärischen Informationen nach dem Wiener Dokument und dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa austauscht und damit die militärische Transparenz weiter untergräbt und die illegale militärische Aufrüstung, die es betreibt, verschleiert.

Unter den gegenwärtigen Nachkriegsbedingungen muss Armenien endlich die Lehren aus seiner jüngsten Niederlage auf dem Schlachtfeld ziehen und die Sinnlosigkeit seines auf die Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität Aserbaidschans ausgerichteten Vorgehens erkennen. Wir fordern Armenien nachdrücklich auf, sich auf die redliche Umsetzung seiner internationalen Verpflichtungen, der grundlegenden OSZE-Prinzipien und der Bestimmungen der trilateralen Erklärungen zu konzentrieren, anstatt widerrechtlich neue militärische Befestigungen zu errichten und auf militärische Provokationen zu setzen. Das ist wesentliche Voraussetzung für einen Beitrag zu den Bemühungen um die Konfliktnachsorge und einen dauerhaften Frieden in der Region.

Erstens muss Armenien endlich den vollständigen Rückzug seiner illegalen bewaffneten Formationen aus dem restlichen Gebiet von Aserbaidschan sicherstellen.

Zweitens: Anstatt die Straße durch den Korridor von Latschin für militärische Zwecke zu missbrauchen, muss Armenien in Erfüllung der einschlägigen politisch-militärischen Verpflichtungen den illegalen Waffenhandel in all seinen Aspekten, einschließlich der Weitergabe und Abzweigung von Waffen an unbefugte Empfänger, nach bestem Wissen und Gewissen bekämpfen.

Drittens muss Armenien im Einklang mit seinen Verpflichtungen aus dem Völkerrecht Unterstützung bei der Beseitigung der Bedrohung durch Minen und andere Sprengkörper leisten, die es in großem Umfang in den ehemals besetzten Gebieten Aserbaidschans verlegt hat. Von Armenien verlegte Minen fordern weiterhin das Leben von Zivilpersonen, stellen zusätzliche Hindernisse für die Rückkehr von Binnenvertriebenen dar, beeinträchtigen nachhaltig die Bemühungen um Wiederherstellung und Wiederaufbau und untergraben den gesamten Prozess der Normalisierung und Aussöhnung nach dem Konflikt. Seit der Unterzeichnung der trilateralen Erklärung vom 10. November 2020 wurden 36 aserbaidschanische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger durch Minen getötet und 165 Staatsbürgerinnen und Staatsbürger verwundet. Derzeit gehört Aserbaidschan zu den am stärksten verminnten Ländern der Welt. Der Genauigkeitsgrad der Karten der Minenfelder, die Armenien auf internationalen Druck hin herausgeben musste, beträgt nur 25 Prozent. Daher muss die internationale Gemeinschaft zusätzlichen Druck auf Armenien ausüben, damit es uneingeschränkt mit Aserbaidschan zusammenarbeitet und Informationen über die Minenfelder in allen befreiten Gebieten zur Verfügung stellt. Insbesondere im Rahmen des Forums für Sicherheitskooperation darf Armenien die Verwirklichung der von Aserbaidschan in diesem Bereich angesuchten praktischen Hilfsprojekte nicht behindern, sondern muss sie erleichtern.

Außerdem muss Armenien aufhören, auf Zivilpersonen zu schießen, die in den befreiten Gebieten Instandsetzungsarbeiten durchführen, um eine Rückkehr in die Normalität zu erleichtern. Wir erinnern an zahlreiche Fälle derartiger Schießereien, bei denen zuletzt Personal eines Telekommunikationsunternehmens angegriffen und eine Person schwer verletzt wurde. Dass immer wieder Zivilpersonen unter Beschuss genommen werden, behindert die Instandsetzung der Infrastruktur und andere Wiederaufbaumaßnahmen.

Viertens muss sich Armenien nach Treu und Glauben am Prozess der Festlegung und Markierung der Staatsgrenze zu Aserbaidschan beteiligen. Wir erinnern das Forum daran, dass Aserbaidschan Armenien unterstützt und angeboten hat, diesen Prozess einzuleiten. Armenien entzieht sich dem jedoch weiterhin, indem es Vorbedingungen stellt. Die jüngsten

Provokationen Armeniens bestätigen die Annahme, dass dieses Land an einem solchen Prozess nicht interessiert ist. Hinzu kommt, dass Armenien sich weigert, seine Verpflichtung zur Rückgabe von acht an der Grenze zu Aserbaidschan gelegenen Exklaven zu erfüllen, die immer noch unrechtmäßig von Armenien besetzt sind.

Das Fünfte und Wichtigste: Aserbaidschan hat Armenien mehrfach angeboten, an der Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung und Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der international anerkannten Grenzen zu arbeiten. Bisher haben wir von Armenien keine positive Reaktion auf diesen Vorschlag erhalten.

Vor nicht allzu langer Zeit hat Aserbaidschan die Grundprinzipien für die Aufnahme von Beziehungen zwischen den beiden Ländern als nächsten Schritt vorgestellt. Die Einzelheiten zu diesem Thema wurden von unserer Delegation unter der Dokumentennummer SEC.DEL/103/22 am 15. März 2022 zur Verteilung gebracht. Eine positive Reaktion Armeniens auf dieses Angebot Aserbaidschans steht noch aus.

Es ist höchst alarmierend, dass Armenien immer noch keine Lehren aus der jüngsten Vergangenheit gezogen hat. Wir möchten bekräftigen, dass Armenien unbedingt die neuen Gegebenheiten einer nüchternen Bewertung unterziehen sollte, anstatt sich auf Fehleinschätzungen oder falsche Erwartungen zu verlassen, die den Frieden und die Stabilität in der Region unterminieren könnten. Stattdessen sollte Armenien auf das konstruktive Angebot Aserbaidschans eingehen und die historische Chance ergreifen, die Beziehungen zu den Nachbarländern zu normalisieren und sich auf der Grundlage der grundlegenden OSZE-Prinzipien an der Friedenskonsolidierung nach dem Konflikt zu beteiligen, was dem Land und der gesamten Region immense Chancen eröffnen wird.

Es ist auch wichtig, dass die internationale Gemeinschaft, einschließlich der OSZE, Armenien die richtigen Botschaften mitteilt und das Land auffordert, sich auf die Umsetzung seiner Verpflichtungen zu konzentrieren, anstatt sich auf politisch-militärisches Abenteuerer-tum und Opportunismus einzulassen, die sich für das Land bei so vielen früheren Gelegenheiten als kontraproduktiv erwiesen haben. In der derzeitigen kritischen Phase in unserer Region müssen gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, um den brüchigen Frieden und die Stabilität, die mit dem Ende des bewaffneten Konflikts entstanden sind, zu konsolidieren.

Abschließend betonen wir noch einmal, dass die Streitkräfte Aserbaidschans weiterhin geeignete und entschlossene Maßnahmen ergreifen werden, um jegliche Provokation durch Armenien abzuwehren und den Schutz der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der international anerkannten Grenzen Aserbaidschans zu gewährleisten.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**1004. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1010, Punkt 1 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ARMENIENS**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Delegation Aserbaidshans versucht, wie es bei ihr schon Tradition ist, die Provokationen und das Fehlverhalten Aserbaidshans mit unbegründeten Anschuldigungen gegen Armenien zu rechtfertigen. Ich weise alle Anschuldigungen der aserbaidshanischen Delegation zurück, möchte aber die Gelegenheit nutzen, um das Forum für Sicherheitskooperation über die jüngsten provozierenden Aktionen der aserbaidshanischen Streitkräfte sowohl an der Grenze zu Armenien als auch an der Kontaktlinie in Arzach zu informieren.

Konkret eröffneten am 7. März gegen 12.40 Uhr Truppenteile der aserbaidshanischen Streitkräfte das Feuer auf die armenischen Militärstellungen am westlichen Teil der armenisch-aserbaidshanischen Staatsgrenze, wobei zwei Angehörige der armenischen Streitkräfte Schussverletzungen erlitten. Einer von ihnen, Feldwebel Hrach Manasaryan, starb auf dem Weg ins Krankenhaus.

Die Lage entlang der Kontaktlinie in Arzach ist um nichts besser. Seit mehreren Wochen sind die Bewohner der Dörfer in den Regionen Askeran und Martuni in Arzach Terror und Einschüchterung ausgesetzt. Die aserbaidshanischen Streitkräfte feuern ständig aus Waffen verschiedenen Kalibers, darunter auch Granatwerfer, und zwingen sie damit zur Einstellung sämtlicher landwirtschaftlicher Arbeiten. Insbesondere wurden am 9. März zwischen 14.00 und 14.30 Uhr zwei Granaten aus 60-mm-Granatwerfern in Richtung des an das Dorf Chnuschinak in der arzachischen Region Martuni angrenzenden Gebiets abgefeuert, und zwischen 15.50 Uhr am 10. März und 5.40 Uhr am 11. März feuerten die aserbaidshanischen Streitkräfte 23 Granaten aus 60-mm-Granatwerfern in östlicher Richtung ab, wodurch in der Nähe des Dorfes Chramort insgesamt 23 Minen explodierten.

Seit dem 8. März verweigert das aserbaidshanische Militär ohne Angabe von Gründen die Durchführung von Instandsetzungsarbeiten an der Gaspipeline in dem von ihm kontrollierten Gebiet. Die Pipeline wurde vollständig unterbrochen, weshalb die gesamte Bevölkerung von Arzach ohne Gas ist. Dieses Vorgehen ist umso ungeheuerlicher, als die Witterungsbedingungen sehr rau, die Nachttemperaturen eisig sind. Diese vorsätzliche Unterbrechung der Gasversorgung und die Behinderung der Instandsetzungsarbeiten haben

bereits zu einer humanitären Krise geführt. Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten und Brotfabriken erhalten weder Gas noch Strom.

Diese Provokationen zeigen deutlich, dass die politisch-militärische Führung Aserbaidshans beschlossen hat, das derzeitige Sicherheitsumfeld für eine Eskalation der instabilen Lage in der Konfliktzone Bergkarabach auszunutzen, indem sie erneut auf die Anwendung und Androhung von Gewalt gegen Arzach und Armenien zurückgreift und eine neue Serie von Einschüchterungsversuchen unternimmt.

Die armenische Regierung hat zugesagt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um der Region Frieden und Wohlstand zu bringen. Dementsprechend hat sie eine Strategie zur Einleitung einer Ära der friedlichen Entwicklung in der Region verabschiedet und setzt entschlossen die dazu erforderlichen Schritte. Die Verwirklichung von dauerhaftem und beständigen Frieden in der Region ist eine der Prioritäten der armenischen Regierung. Der Standpunkt der Republik Armenien in Bezug auf die Normalisierung der Beziehungen wurde von der armenischen Delegation auch in einer Verbalnote dargelegt, die am 15. März 2022 unter der Dokumentennummer SEC.DEL/104/22 verteilt wurde. Doch so sehr wir uns auch bemühen, der Frieden wird ein unerreichbarer Traum bleiben, solange die aserbaidshanischen Behörden nicht ihre Bereitschaft zur Unterstützung dieser Friedensagenda bekunden, indem sie ihre aggressiven und feindseligen Handlungen aufgeben und sich ernsthaft auf den Verhandlungsprozess unter der Schirmherrschaft der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE einlassen.

Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen Sitzung.

---

**1004. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 1010, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION USBEKISTANS**

Exzellenzen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestatten Sie uns, in unserer Eigenschaft als Vorsitz der Schlussitzung des 32. Jährlichen Treffens zur Beurteilung der Durchführung (AIAM) einen kurzen Bericht über das Treffen, das am 1. und 2. März in Wien und über Videokonferenz in hybridem Format abgehalten wurde, zu geben. Der zusammenfassende Bericht des AIAM wird derzeit erstellt und zu gegebener Zeit vom Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation verteilt.

Das AIAM wurde unter dem aserbaidischen FSK-Vorsitz im Einklang mit dem FSK-Beschluss Nr. 6/21 und der kommentierten Tagesordnung mit der Dokumentennummer FSC.AIAM/1/21/Rev.1 organisiert. Das Treffen fand unter dem gemeinsamen Vorsitz Norwegens und Usbekistans statt und bestand aus einer Eröffnungssitzung, drei Arbeitssitzungen und einer Schlussitzung.

Aserbaidisch als Inhaber des FSK-Vorsitzes und Norwegen, das den Vorsitz in der Eröffnungs- und den Arbeitssitzungen innehatte, eröffneten das AIAM.

In seinen einleitenden Worten stellte der aserbaidische FSK-Vorsitz fest, dass die Umsetzung von Rüstungskontrollvereinbarungen und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) einen wesentlichen Beitrag zu Frieden, Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum leisten könne und dass der Hauptzweck von Rüstungskontroll- und VSBM-Regimen darin bestehen solle, unseren gemeinsamen OSZE-Grundprinzipien und -Verpflichtungen Wirkung und Ausdruck zu verleihen.

Norwegen wies in seiner Eröffnungserklärung darauf hin, dass das AIAM vor dem Hintergrund einer sich rasch verschlechternden Sicherheitslage in Europa stattfindet. Ein Vertreter des Konfliktverhütungszentrums (KVZ) gab anschließend einen kurzen Überblick über die Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument und die Ergebnisse der Erörterungen auf dem 15. Treffen der Leiter der Verifikationszentren im Dezember 2021.

Unter Hinweis auf die aktuelle sicherheitspolitische Lage ergriffen viele Delegationen während der Eröffnungssitzung das Wort und betonten, dass in dieser Situation „business as

usual“ nicht mehr möglich sei, während sie gleichzeitig ihr uneingeschränktes Bekenntnis zum Wiener Dokument, dem wichtigsten Instrument für Transparenz und Berechenbarkeit in Europa, bekräftigten. Angesichts des Ernstes der Lage kündigten viele Teilnehmerstaaten an, dass sie nicht an den Arbeitssitzungen des AIAM teilnehmen würden.

In der Arbeitssitzung 1 über die Durchführung des Weltweiten Austauschs militärischer Information (GEMI) und der Kapitel I bis III des Wiener Dokuments 2011 wurden die folgenden Themen behandelt:

- Die Umstellung zu einem ausschließlich elektronischen Format sowohl für GEMI als auch den Jährlichen Austausch militärischer Informationen (AEMI) wurde besprochen. Dabei kam die Idee zur Sprache, detailliertere Informationen über die Standorte ausländischer Truppen in GEMI aufzunehmen. Außerdem fragte die Moderatorin die Teilnehmerstaaten um ihre Meinung zur Möglichkeit der Beauftragung des KVZ mit dem Hochladen der AEMI- und GEMI-Eingaben im Rahmen des *Automated Data Workshop* auf die DelWeb Website. Die elektronischen Informationsaustausche 2020 und 2021 wurden als erfolgreich durchgeführt bezeichnet.
- Das KVZ unterstützte die Sitzung mit einem Überblick über die Eingaben im Rahmen des GEMI und AEMI und die Verwendung des Systems für Informationsmanagement und Berichterstattung (iMARS), wobei die erhöhte Genauigkeit aufgrund der Validierung der Daten während der Informationsaustausche betont wurde. Es wurde die Möglichkeit erörtert, über das OSZE-Kommunikationsnetz auf iMARS zuzugreifen, was im Hinblick auf die Mobilität hilfreich ist, solange ein entsprechendes Maß an Datensicherheit gewährleistet werden kann.
- Bestehende und neue Notifikationsformate wurden geprüft, ebenso wie ein neuer einmaliger Austausch von Daten über Hauptwaffensysteme und Großgerät.
- Im Hinblick auf Verteidigungsplanung, Ausgaben und Haushalte wurde festgehalten, dass die Quote der Eingaben 2021 niedrig war. Außerdem wurde die Frage gestellt, ob die Absätze 15.5 – 15.10 des Wiener Dokuments 2011 (über Klarstellung und Zusatzinformationen) stärker genutzt werden könnten, um sicherzustellen, dass die Informationsaustausche wirksamer genutzt werden. Das KVZ wies darauf hin, dass die Fristen für die Eingaben im Rahmen von GEMI- und AEMI schwer zu bestimmen sind.
- In Bezug auf die Verminderung von Risiken gab das KVZ einen Überblick über die letzten Fälle, in denen die einschlägigen Mechanismen aktiviert wurden. Die Moderatorin gab einen Überblick über die Anwendung der Mechanismen in den 1990er-Jahren, mit dem Hinweis, dass der Mechanismus für die Zusammenarbeit bei gefährlichen militärischen Zwischenfällen nie aktiviert worden sei. In diesem Zusammenhang wurde der Nutzen von Kontaktstellen diskutiert. Ferner wurde die Frage gestellt, ob eine Verbindung zwischen Abkommen zur Vermeidung von Zwischenfällen zur See (INCSEA) und den Mechanismen nach Kapitel III des Wiener Dokuments hergestellt werden könnte.

Arbeitssitzung 2 über die Durchführung der Kapitel IV bis XII des Wiener Dokuments bot Gelegenheit für Erörterungen über Kontakte, militärische Aktivitäten, Einhaltung und Verifikation, regionale Maßnahmen und das OSZE-Kommunikationsnetz. Es gab eine Erklärung zu Einhaltung und Verifikation, in der der betreffende Teilnehmerstaat seine Ansichten darüber erläuterte, welche Truppenteile/-formationen und Truppen unter die Bestimmungen des Wiener Dokument fallen und welche dieser Bestimmungen für die vorherige Ankündigung und Beobachtung militärischer Aktivitäten gelten.

In Arbeitssitzung 3, die sich mit möglichen weiteren Verbesserungen vereinbarter VSBM befasste, wurden keine Erklärungen abgegeben

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um dem aserbaidischen FSK-Vorsitz, Norwegen, dem OSZE-Sekretariat und den Moderatorinnen und Moderatoren sowie den Berichterstellerinnen und Berichterstellern der Arbeitssitzungen für die Vorbereitung und Durchführung dieses Treffens unter den schwierigen Umständen der aktuellen Situation meinen Dank auszusprechen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal der heutigen FSK-Sitzung als Anhang beizufügen.

Danke.